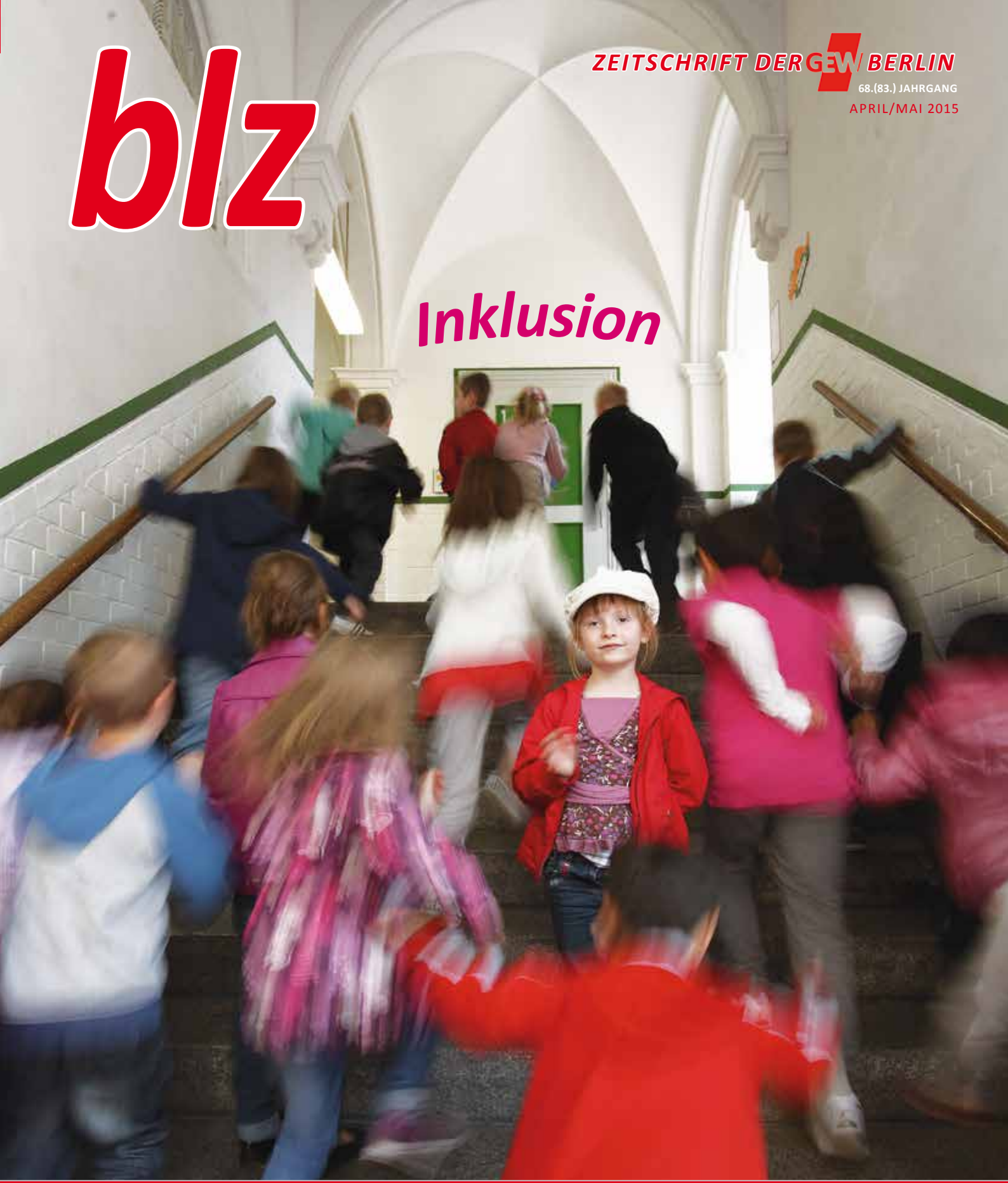
blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
68.(83.) JAHRGANG
APRIL/MAI 2015



Inklusion

SCHULE
Das Bonus-Programm: Ein Tropfen auf dem heißen Stein

GEWERKSCHAFT
Große Streikbereitschaft im März

SENIORITA
Die Geschichte der ErzieherInnen in der GEW

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz & bündig | Redaktionelles | 3-5

TITEL

Inklusion – eine Aufgabe für alle 6
Es geht voran *Sybille Volkholz* 7
Schon nah dran *Nuri Kiefer* 10
Wir brauchen Hilfe *Katja Sprzagala* 11
Ein Nachteil muss ausgeglichen werden *Klaus Seifried* 12

SCHULE

Besser den Spatz in der Hand *Nuri Kiefer* 14
Gedichtanalyse versus Steuererklärung *Wolfgang Harnischfeger* 16

SENIORITA

Wir waren knallbunt, fordernd und duzten uns *Almut Paulsen* 17
»Ich komme nicht ins Internet!« *Peter Sperling* 19
Volles Haus in den Winterferien *Junge Alte* 20

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen 21

GEWERKSCHAFT

Wir wollen mehr! *Tom Erdmann* 22
Heraus zum 1. Mai *Jörg Tetzner* 23

EUROPA

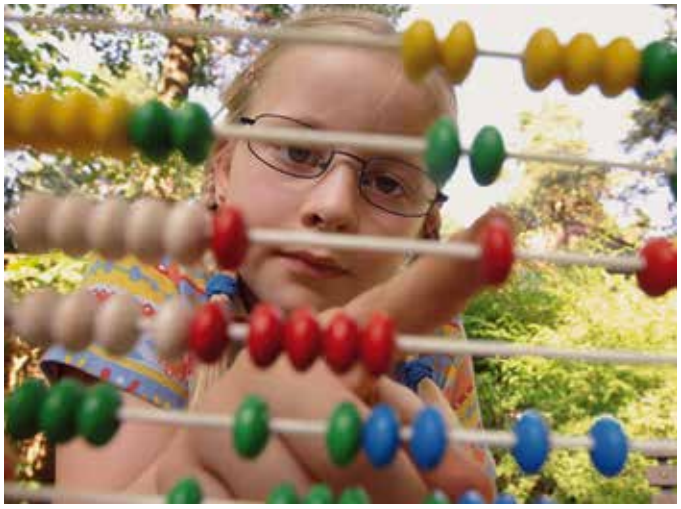
Griechenland nach der Wahl *Ulrich Thöne* 24

GLOSSE

Welchen Lehrertyp *Lisa Reimann* 26

SERVICE

Bitte halten Sie auch Taschentücher bereit *Caroline Muñoz del Rio* 28
Stramme Waden, dralle Mieder *Gabriele Frydrych* 30
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 33



14 SCHULE Bietet das Bonus Programm unterstützungsbedürftigen Schulen einen Weg aus der Klemme oder ist es wieder nur Flickschusterei? Nuri Kiefer schaut genauer hin.

22 GEWERKSCHAFT Beschäftigte an Kita, Schule und Hochschule setzen sich im Rahmen der Tarifrunde 2015 ein für mehr Gehalt und eine Absicherung der Zusatzversorgung (VBL). Die Lehrkräfte streiken zudem für den Abschluss eines Eingruppierungstarifvertrags.

28 SERVICE Syrische Flüchtlinge führen ein Theaterstück über Krieg, Folter und Flucht auf. Im Stück »Leben. Im Krieg stirbt zuerst die Wahrheit«, das sie selbst geschrieben haben, verarbeiten die Jugendlichen die Erlebnisse, die sie im Bürgerkrieg ihrer Heimat und auf der Flucht erfahren haben.

TITEL: BERT BUTZKE UNTEN: KADIB; MITTE: E.STOSCH/PIXELIO.DE; OBEN: R. STURM /PIXELIO.DE

LEUTE

Eva-Maria Stange war von 1997 bis 2005 Bundesvorsitzende der GEW und damals die erste (und bis heute einzige) ostdeutsche Vorsitzende einer DGB-Gewerkschaft. Sie wurde danach Wissenschaftsministerin in Sachsen und soll nun auf Vorschlag von SPD, Grünen und Linken Bürgermeisterin in Dresden werden. Die promovierte Physiklehrerin ist SPD-Mitglied und soll die CDU-Politikerin Helma Orosz ablösen, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt niedergelegt hat. Die Wahl um das Amt des Stadtoberhauptes der sächsischen Landeshauptstadt soll Anfang Juni 2015 erfolgen.

Nebahat Akkoc hat Anfang März von der Heinrich Böll-Stiftung in Berlin den Anne-Klein-Frauenpreis für ihr mutiges Eintreten gegen Gewalt gegen Frauen erhalten. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Akkoc und ihr Mann haben sich Anfang der 90er Jahre im kurdischen Südosten der Türkei in der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen engagiert und setzten sich für Kurdisch als Unterrichtsprache ein. Ihr Mann wurde 1993 auf dem Weg zur Schule erschossen, sie selbst kam ins Gefängnis und wurde gefoltert. Nebahat Akkoc ließ sich aber nicht einschüchtern und widmet sich seitdem ganz der Menschenrechtsarbeit. Schließlich gründete sie den Verein KAMER, der sich vor allem um Frauen kümmert. Denn neben der staatlichen Gewalt waren und sind Frauen gleichzeitig oft auch massiver häuslicher Gewalt ausgesetzt. KAMER ist heute in fast jeder Stadt in den kurdischen Gebieten der Türkei vertreten. Das Preisgeld von 10.000 Euro will sie in den weiteren Ausbau des Vereins stecken.

Niklas Hatzold ist Schüler in Bayern und hat bei einer Bundeswehr-Veranstaltung in seiner Schule gegen die Bundeswehr argumentiert. Die Schulleitung bescheinigte ihm daraufhin eine »zweifelhafte linksorientierte Gesinnung« und drohte mit dem Schulverweis. Ein Interview, das der Schüler der Zeitung »junge Welt« gegeben hat, ist mittlerweile von der Webseite der Zeitung genommen worden: »Die Redaktion hat das an dieser Stelle veröffentlichte Interview in Absprache mit Hatzold von der Seite genommen. Er hat nach längeren Gesprächen mit der Schulleitung darum gebeten«, teilt die Redaktion stattdessen mit.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern

Die Berliner CDU lehnt die Gemeinschaftsschule ab und will das Gymnasium bis Klasse 13 zurück

von Nuri Kiefer, Leiter des Vorstandsbereichs Schule

Die CDU Berlin hat sich in einem Beschlusspapier des Landesparteitags zur Bildungspolitik geäußert. Mitte Februar traf sich der Vorstandsbereich Schule der GEW BERLIN mit den CDU-PolitikerInnen Kai Wegner, der bildungspolitischen Sprecherin Katrin Schultze-Berndt sowie dem Abgeordneten Stefan Schlede zu einem Meinungsaustausch. Einig waren wir uns, dass mehr personelle und finanzielle Ressourcen in das Berliner Bildungssystem fließen müssen. So fordert die CDU zu recht kleinere Klassen, mehr Personal und Stunden für Inklusion sowie einen Abbau des Sanierungsrückstaus. Allerdings bleibt sie die Antwort nach der Finanzierung dieser kostspieligen Vorhaben weitgehend schuldig.

Ein massiver Gegensatz trat jedoch beim Thema »Längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle« zutage. So steht in besagtem Papier: »Jede Form von Einheitsschule von Klasse eins bis dreizehn lehnt die CDU Berlin ab.« Auch auf zweimaliges Nachfragen gab es keine Relativierung dieser Aussage. Den bestehenden Gemeinschaftsschulen wird aber in Aussicht gestellt, auch nach einem etwaigen CDU-Wahlsieg als »Modellschulen« weiter existieren zu dürfen. Eine von den Gemeinschaftsschulen gewünschte Verankerung als eigenständige Schulart in der nächsten Fassung des Schulgesetzes würde sich die CDU demnach aber verweigern, ebenso der Genehmigung weiterer Gemeinschaftsschulen. Auch positioniert sich die CDU deutlich gegen den weiteren Ausbau von Oberstufen an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Die Erfolge, die die wissenschaftliche Begleitung den Gemeinschaftsschulen bescheinigt, ignoriert sie. Für SchülerInnen an ISS ohne eigene Oberstufe, die das Abitur ablegen wollen, soll an Gymnasien eine elfte Klasse als Einführungsphase eingerichtet werden. Statt also mehr Oberstufen für ISS und insbesondere Gemeinschaftsschulen zuzulassen, will die CDU faktisch zum Abitur am Gymnasium nach dreizehn Jahren zurückkehren. Auch soll es mehr gymnasiale Züge ab Klassenstufe fünf geben. So wurde deutlich, dass die CDU unbedingt am differenzierten Schulsystem festhalten und die drei Säulen deutlicher als bisher voneinander abgrenzen will. Die Sekundarschulen sollen künftig Oberschulen heißen und die Berufsfähigkeit von SchülerInnen sicherstellen. »Ziel des Gymnasiums ist das Erreichen des Abiturs und die Vorbereitung auf das Studium«, so die Definition der CDU. Daher sollen dort die MSA-Prüfungen wegfallen und der mittlere Abschluss allein durch die Versetzung von Klasse neun nach zehn erlangt werden. Förderschulen sollen erhalten bleiben.

Die CDU bleibt ihrem konservativen, rückwärtsgewandten Bildungsverständnis treu, das Kinder möglichst früh selektieren und sortieren möchte und mit Begabungstheorien arbeitet, die eigentlich schon seit Jahren überholt sind. »Spiel nicht mit den Schmuddelkindern« ist nach wie vor Credo der christlich-demokratischen Weltsicht aus einer überwiegend gymnasialen Perspektive. CDU-Generalsekretär Wegner machte deutlich, dass Bildung ein Schwerpunkt im Wahlkampf um die Mehrheit im Abgeordnetenhaus 2016 darstellen würde. Aus Sicht des Vorstandsbereiches Schule bleibt nach diesem Gespräch zu hoffen, dass die CDU auch künftig nicht maßgeblich für die Bildungspolitik Berlins verantwortlich zeichnet.

Die GEW BERLIN war dieses Jahr beteiligt am Gedenkmarsch für die afrikanischen Opfer von Versklavung, Menschenhandel, Kolonialismus und rassistischer Gewalt. Die Demonstration startete am 28. Februar 2015 an der Gedenktafel in der Wilhelmstraße 92 in Mitte und führte über die M-Straße zum Lustgarten.

FOTO: JANIS WEISSENBOECK

Tausende demonstrieren am 8. März

Seit über 100 Jahren gehen Frauen auf die Straße, um für ihre Rechte zu demonstrieren – so auch am 8. März 2015, einem Sonntag mit richtig viel Frühlingssonne. In Berlin versammelten sich am Rosa-Luxemburg-Platz laut Veranstalterin rund 5.000 Demonstrantinnen zur Hauptforderung: Gleicher Lohn für Frauen und Männer. Der Frauentag wurde auf Anregung der deutschen Sozialdemokratin Clara Zetkin erstmals am 19. März 1911 in Deutschland und in Nachbarländern organisiert. Seit 1921 wird der Frauentag jährlich am 8. März begangen.

Kompromiss um den Namen Poelchau-Schule

Die Auseinandersetzung um die Umbenennung der Poelchau-Schule anlässlich des Umzugs an ihren neuen Standort ist beigelegt. Hatte die Schulkonferenz zunächst lediglich »Sportschule im Olympiapark« als Namen ausgewählt, wurde dieser Name nach Intervention der Senatsbildungsverwaltung – Staatssekretär Mark Rackles war persönlich bei der Beschlussfassung anwesend – durch den Zusatz »Poelchau-Oberschule« ergänzt. Die ehemalige Gesamtschule hatte in früheren Jahren erhebliche Probleme, von denen sie sich mit der Umwandlung zur Eliteschule des Sports befreien konnte. Aus der Schule ist zu hören, die Diskussion um den Namen habe bewirkt, dass man dadurch wieder sehr viel näher an die Familie Poelchau und ihr Wirken gegen totalitäre Regime gekommen sei. Als eine erste Konsequenz sei jetzt der »Widerstand gegen totalitäre Regime« als fächerübergreifender Aspekt in die innerschulischen Curricula eingepflegt worden.

Hier werden Sie werbewirksam geholfen

Ein besonders schönes Beispiel für das Ausmaß des sogenannten Schulmarketing haben Tim Engartner und Balsundaram Krisanthan entdeckt: »Auf der als Unterrichtsmaterial deklarierten Ritter-Sport-Werbemappe mit dem Titel ›Von der Kakaobohne zur Schokolade‹ prangt derselbe Schrifttyp wie auf der handelsüblichen Schokoladenverpackung. In der Aufgabenstellung zum Unterrichtseinstieg, der als Entspannungs- und Konzentrationsübung erfolgt, heißt es: ›Ein Stück Genuss: Bildet einen Stuhlkreis in der Klasse. Jeder bekommt von der Lehrkraft ein Stückchen Schokolade. Konzentriert euch nun ganz auf das Schoko-Stück. Jetzt geht es reihum und jeder darf sagen, was ihm zum Thema Schokolade einfällt. Wenn jeder einmal an der Reihe war, darf das Schoko-Stück aufgegessen werden.‹ Die Lehrkraft soll hierzu eine ausreichende Zahl von Schokoladenstücken bereithalten. Anschließend lernen die Grundschüler, dass Schokolade mit Belohnung, Glück, Entspannung oder gar Schmerzlinderung und Gesundheit gleichzusetzen ist:« Nachzulesen in der *tageszeitung* vom 25. Februar 2015.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts setzt Zeichen für Religionsfreiheit

Die Bundes-GEW hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum »Kopftuchverbot« in Schulen als »Zeichen für Religionsfreiheit und einen Auftrag an die Politik« bezeichnet. Die Politik sei gefordert, sich diesen Fragen zu stellen und schnell Lösungen zu entwickeln. »Der Konflikt dürfe nicht in die Schulen verlagert werden», sagte die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe. Weitere Infos unter www.bundesverfassungsgericht.de

Abkommen über gemeinsame Promotionen zwischen Berlin und Jerusalem

Die Hebrew University of Jerusalem und die Freie Universität Berlin vergeben künftig gemeinsame DoktorInnentitel für PromovendInnen aller Fachrichtungen. Die Präsidenten beider Universitäten unterzeichneten dazu Anfang März 2015 in Jerusalem die Vereinbarung über ein entsprechendes Promotionsprogramm. Es ist das erste Abkommen dieser Art zwischen einer israelischen und einer deutschen Universität – 50 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern. AbsolventInnen des Promotionsprogramms werden an beiden Hochschulen gemeinsam ausgebildet, mit jeweils einem Doktorvater oder einer Doktormutter an der Freien Universität und der Hebrew University. Sie verfügen so über internationale Forschungserfahrung sowie Verbindungen in die deutsche und israelische Wissenschaftslandschaft.

POST AN DIE REDAKTION

Naina-Meldung unter Leute, *Februar-blz 2015*

Ich bin über den Beitrag wirklich gestolpert, weil ich nicht wusste, ob der Text über Naina tatsächlich ernst gemeint sein konnte! Ja, in der Tat hat ihr Tweet eine breite Diskussion ausgelöst, ein Blick in die Medien hätte das »laut einer Meldung« erspart. Und meiner Meinung nach hat es das zurecht: auch wenn Naina vielleicht nicht (als Einzige) den Stein der Weisen entdeckt hat, weist sie auf ein bestehendes signifikantes Problem des deutschen Bildungssystems hin. Als GymnasialschülerIn bewegt man sich fast 18 Jahre lang in einer künstlichen, vom wirklichen Leben ziemlich gut abgeschotteten Welt und wird ständig mit künstlichen Problemen konfrontiert. Natürlich lernt man dabei was – aber über das Leben? Nicht von ungefähr stehen sehr viele Abiturienten nach dem Schulabschluss vor der schier überwältigenden Frage: Und was jetzt? Was soll ich (aus mir) machen? Von konkreten Berufsvorstellungen etwa ist man meilenweit entfernt, denn woher sollte man die auch haben, man hat ja fast »nur« Unterrichtsfächer gehabt, Klassenräume gesehen, für Noten gelernt… Am Ende ist man durchaus mit Kompetenzen ausgestattet, z.B. der, eine Gedichtanalyse in drei verschiedenen Sprachen schreiben zu können. Über alltägliche Herausforderungen eines mündigen Erwachsenen allerdings hat man eher wenig gelernt. Wenn man nun aus dem Elternhaus nicht mitbekommen hat, was es mit Mietrecht, Steuererklärungen und Versicherungspflichten auf sich hat, steht man etwas hilflos da. Es wird so oft von gleichen Bildungschancen für alle gesprochen, egal aus welchem Elternhaus man kommt, und der Schule wird dabei eine Hauptverantwortung zugesprochen – sollte das für »Alltagsbildung« nicht genauso gelten wie für geisteswissenschaftliche oder fremdsprachliche Kompetenzen? Und was bitte soll der sinnfreie Ratschlag, Naina möge sich einfach mal eine gute Zeitung zu Gemüte führen?! Seit wann steht denn darin etwas über Miete, Steuern und Versicherungen?! Ich finde, Sie haben sich hier ganz gehörig im Ton vergriffen und bin überrascht, einen solchen Beitrag in Ihrer Zeitschrift zu lesen!

Anna Friesen

(Siehe auch Artikel Seite 16)

Streit im DGB, *Februar-blz 2015*

Über den Artikel von Joachim Neu habe ich mich sehr geärgert! Man kann ja in den DGB-Gewerkschaften durchaus sehr unterschiedlicher Meinung über die gewerkschaftspolitische Sinnhaftigkeit des geplanten Tarifeinheitsgesetzes sein und das sind die DGB-Mitgliedsgewerkschaften ja auch. Der DGB-Spitze und den Gewerkschaftsführungen aber den Willen zur Minderung der Streiktätigkeit und zur Schwächung der Gewerkschaften zu unterstellen (wie es Kollege Neu im vorletzten Absatz tut), ist wirklich haarsträubend! Das wäre ja gewerkschaftsfeindliches Handeln in unseren eigenen Organisationen durch unser eigenes Führungspersonal! Die ganzen beiden letzten Absätze des Artikels atmen den sprachlichen Duktus der K-Gruppen- und Sektiererzeit mit dem schlichten innergewerkschaftlichen Feindbild der »Gewerkschaftsbonzen« im DGB-Vorstand. Unsere Schwestergewerkschaft ver.di in einem GEW-Organ als »Konkurrenzgewerkschaft« zu bezeichnen (eine Bezeichnung, mit der wir normalerweise Organisationen wie den VBE oder den Philologenverband belegen), halte ich übrigens auch für einen zwischengewerkschaftlichen Fauxpas. Darüber hinaus fehlen dem Artikel wichtige Sachinformationen. Es geht bei dem Mehrheitsprinzip übrigens nicht um die Mehrheit »vor Ort«, sondern in einem Betrieb. In dem Artikel werden somit die lückenhaften Sachinformationen durch verbale Stimmungsmache überdeckt. Ich denke: nicht nur die Gewerkschaftsführungen tragen Verantwortung, wenn es Streit in unserem Gewerkschaftsbund gibt. Für den Zusammenhalt und das Fortbestehen des DGB sind auch wir in den Mitgliedsgewerkschaften im DGB mit verantwortlich.

Frank Rzeppa

ADRESSÄNDERUNG

Bitte teilt Adressänderungen und Änderungen beim Beschäftigungsverhältnis der Geschäftsstelle mit. Per Mail: info@gew-berlin.de, Fax: 219993 50 oder per Post: GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin.

ÜBRIGENS

Guckt nochmal genau hin. Etwas ist anders in dieser Ausgabe. Einige behaupten ja, es gibt LeserInnen, denen fällt keine Veränderung auf. Aber das kann ich dieses Mal nicht glauben. Denn die blz gibt es jetzt in Farbe! Wir freuen uns, euch von jetzt an die bunte Vielfalt unserer Themen auch bunt präsentieren zu dürfen und hoffen, es gefällt.

Es ist noch ein bisschen Zeit. In knapp zwei Wochen am 30. April ist Einsendeschluss für die Vorschläge für einen neuen, passenderen Namen für unsere Zeitschrift. Die ersten Ideen liegen vor. Schick uns auch deine! Wer jetzt nicht mitmacht, darf später nicht meckern.

Wir müssen um Entschuldigung bitten. Im März-Heft hat der Fehlerteufel gewütet. Wir haben als Autoren für den Artikel »Kinderschutz braucht KinderschützerInnen« Andreas Kraft angegeben. Dabei wurde der Artikel von Katrin Laaß aus dem Jugendamt Mitte geschrieben. Und der Ruheraum auf dem unteren Foto auf Seite 11 befindet sich in der »Paul-Natorp-Schule«. Die Termine der SeniorInnen haben wir ganz vergessen. Wir geloben Besserung.

CMdR

TITELTHEMEN für die blz im …

- JUNI: »Grundschule«. *Redaktionsschluss: 30. April 2015*
- JULI/AUGUST: »Arbeitsbedingungen von ErzieherInnen«. *Redaktionsschluss: 29. Mai 2015*

IMPRESSUM

Die *blz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Janina Bähre, Martina Brömme, Tom Erdmann, Josef Hofmann, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 4-5/2015: 25.700

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Inklusion – eine Aufgabe für alle

Es besteht kein Zweifel, in der GEW gibt es schon seit vielen Jahrzehnten eine breite Zustimmung zur gemeinsamen Beschulung aller Kinder. Lange Zeit stand dafür der Begriff Integration und bedeutete im allgemeinen Sprachverständnis, die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf. Das Aufkommen des Begriffs Inklusion öffnete die Diskussion noch einmal und erweiterte das Handlungsfeld von Integration und die Handlungserfordernisse.

Wir diskutieren an dieser Stelle nicht die ideologisch geführte Debatte um den vermeintlichen Unterschied zwischen Integration und Inklusion. Ob das fragile wissenschaftliche Modell der Differenz annähernd das beschreibt, was eine neue Theorie rechtfertigen würde. Zu dringend sind den KollegInnen an den Schulen die tagtäglichen Arbeitsbedingungen unter denen sie sich schon jetzt aufopferungsvoll bemühen, eine gute Integration ihrer SchülerInnen zu realisieren.

Wir hatten bereits vor einem halben Jahr eine Ausgabe zum Thema Inklusion. Der Leitartikel zum damaligen Titel hieß: »Der Deckel muss weg«. Darin wurde deutlich gemacht, dass weder im Bereich der sonderpädagogischen Förderstunden noch im Bereich der ergänzenden Förderung und Betreuung, die ohnehin schon minimal angesetzte Ausstattung erfüllt worden ist. Hier ist auch durch die Inklusionskampagne der GEW BERLIN Bewegung im politischen Raum entstanden und die Senatsklausur hat entschieden, den negativen Dispositionspool abzuschmelzen (siehe den Artikel von Sybille Volkholz). Es kamen in diesem Jahr 240 Stellen dafür ins System. Das gleicht den Pool nicht vollständig aus, zeigt aber einen Erkenntnisprozess dahingehend, dass gerade auch die schlechte Ausstattung der Integration jede weitere Entwicklung blockiert. Aber auch die fachliche Qualifikation von Lehrkräften, FacherzieherInnen, SchulhelferInnen und SozialpädagogInnen ist noch nicht in dem Maße und Umfang sichergestellt, wie die GEW dies für notwendig erachtet.

Wir stellen mehrere Artikel aus den verschiedenen Schularten vor, in denen diese Forderungen auch noch einmal schulspezifisch begründet werden. Daneben öffnet der Schulpsychologe Klaus Seifried noch ein Handlungsfeld, das bisher kaum Berücksichtigung fand, aber immer virulenter wird: die Beschulung von psychisch erkrankten SchülerInnen. Sehr erfreut sind wir darüber, dass Sybille Volkholz, die als Senatorin vor mehr als 25 Jahren die Integration in die Berliner Schule eingeführt hat, ihre Position zur Inklusiven Schule und zu den Ergebnissen des Beirats »Inklusive Schule in Berlin« für diese Ausgabe geschrieben hat. Nachdem die GEW zum wiederholten Male dieses Feld eindringlich auf die Tagesordnung gebracht hat und eine finanzielle Verbesserung für den Senat in Aussicht steht, haken wir erneut nach. *rs*

FOTO: BERT BUTZKE

Es geht voran

Die Entwicklung der inklusiven Schule aus der Sicht der Vorsitzenden des Fachbeirates

von Sybille Volkholz

Mit der UN-Konvention haben behinderte Menschen weltweit ihren Anspruch auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verbindlich artikuliert. Damit ist nicht nur die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten, sondern ebenso alle Bürgerinnen und Bürger, ihren Teil zu einem besseren Zusammenleben beizutragen. Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen war 1989/90 ein Schwerpunkt der rot-grünen Bildungspolitik. Die gemeinsame Erziehung wurde zuerst in der Grundschule aus dem Status des Versuchs auf den schulgesetzlich abgesicherten Regelfall befördert, später in den Sekundarschulen.

Von der integrativen zur inklusiven Schule in Berlin

Die Entwicklung der integrativ arbeitenden Schule in Berlin zur inklusiven Schule hat durch die UN-Konvention einen neuen Anstoß bekommen und es gibt neue Instrumente und Einrichtungen, mit denen diese Entwicklung weiter befördert werden soll. Die Einsetzung des ersten Beirats »Inklusive Schule in Berlin« war die Reaktion auf eine sehr strittige Debatte um das von der Senatsbildungsverwaltung 2011 vorgelegte Gesamtkonzept »Inklusive Schule«. Sein Auftrag war es, auf Grundlage dieses Konzepts und unter Würdigung der wesentlichen Kritikpunkte, Empfehlungen zur Überarbeitung vorzulegen. Die Ergebnisse des Beirats sind nachzulesen unter www.gew-berlin.de/public/media/beiratsempfehlungen_endfassung.pdf oder auf der Homepage der Senatsbildungsverwaltung.

Mit der letzten Empfehlung Nummer zwanzig zielte der Beirat insgesamt auf größere Partizipation im Prozess der Weiterentwicklung der Berliner Schule zur inklusiven Schule. So schlug er die erneute Einrichtung eines Fachbeirats vor, allerdings unter Einbeziehung einer größeren Anzahl von VertreterInnen der Behindertenverbände, sowie weiterer Interessenverbände. Auch die GEW BERLIN ist vertreten. Die Foren, die schon den ersten Beirat begleitet hatten, sollten fortgeführt werden. Beides ist realisiert worden.

FOTO LINKS: STOCKWERK/FOTOLIA, RECHTS: TEXTUNE/FOTOLIA

Konkrete Vorschläge des Fachbeirats Inklusion

Als Nachfolger des ersten Beirats, wurde der »Fachbeirat Inklusion« eingesetzt, der nun die Umsetzung der Empfehlung des ersten Beirats begleitet. Die Projektgruppe Inklusion in der Senatsverwaltung, hat die »Eckpunkte für ein Konzept für den Weg zur inklusiven Schule'« vorgelegt. Der Fachbeirat empfiehlt darüber hinaus, Standards für inklusive Schulen zu entwickeln. Zudem fordert er, zur Konkretisierung einen Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen, mit dem die Entwicklungsschritte zu inklusiven Schulen in Berlin skizziert werden können. Der Fachbeirat hat seine Empfehlung bekräftigt, dass der Vorbehalt im Berliner Schulgesetz Paragraf 37.3 aufgehoben werden soll.

Ein wesentlicher Kern der Empfehlungen des ersten Beirats war die Umsteuerung der Ressourcenzuweisung für die Förderschwerpunkte Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache (LES). »Kinder mit den Förderschwerpunkten LES machen in Berlin etwa 75 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus. Dieser Förderbedarf korreliert in hohem Maße mit der sozialen Herkunft. Gleichzeitig variieren die Diagnosen in diesen Bereichen erheblich. Dies waren die Gründe dafür, dass diese Förderschwerpunkte im Senatskonzept einen großen Raum einnahmen ….«

Ein Dispositionspool für eine gerechtere Verteilung

Es sei kurz in Erinnerung gerufen: Für die Kinder mit LES-Förderbedarf soll die Feststellungsdiagnostik zu Gunsten einer lernbegleitenden Diagnostik entfallen. Die Schulen sollen, entsprechend ihrem Anteil an lernmittelbefreiten (lmb) Kindern, eine Grundausstattung für die sonderpädagogische Förderung erhalten. Diese im Senatskonzept vorgesehene Orientierung an Quoten, wurde im Beirat grundsätzlich als sinnvoll erachtet.

Es ist aber vorhersehbar, dass es bei der Umstellung der Ressourcenzuweisung zu größeren Ungerechtigkeiten kommen kann, da heute viele

Regelschulen mit langer Integrationserfahrung nicht unbedingt auch einen hohen lmb-Anteil aufweisen. Damit würden sie weniger LehrerInnenstunden als bisher bekommen. Um diese Ungerechtigkeiten auffangen zu können, hat der Beirat einen zweckgebundenen Dispositionspool im Umfang von zehn Prozent der Personalmittel für die Sonderpädagogik vorgeschlagen. Damit sollen Regelschulen mit höherer Anzahl von LES-Kindern aber niedrigem lmb-Anteil zusätzliche Mittel erhalten können.

Für den Haushalt 2014/15 sind diese zusätzlichen Ressourcen nicht bewilligt worden. Die Senatsverwaltung hat darauf reagiert und plant eine Veränderung der Ressourcenzuweisung und der Änderung des Diagnoseverfahrens erst dann, wenn die erforderlichen zusätzlichen Mittel bewilligt sind. Bis dahin werden die Unterstützungsmaßnahmen für die Entwicklung zur inklusiven Schule aufgebaut: Beratungs- und Unterstützungszentren, Qualifizierung des Personals und Schwerpunktschulen. Alles Maßnahmen, für die die Mittel bewilligt sind. Dieser Zeitplan folgt den Empfehlungen des Beirats.

Die Verwendung des Sozialindikators für die Zuweisung der Ressourcen für LES wird in der GEW-Broschüre »Berlin auf dem Weg zur inklusiven Schule« als diskriminierend bezeichnet. Das finde ich schwer nachvollziehbar. Sollen denn Schulen völlig unabhängig von der sozio-strukturellen Zusammensetzung ihrer SchülerInnenschaft gleich behandelt werden? Wissenschaftlich gilt der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Förderbedarf im Bereich LES als unumstritten. Insofern ist die Zuteilung nach einer solchen Orientierung sozial gerecht.

Beratungs- und Unterstützungszentren

Dem Fachbeirat wurden 2014 nach den »Eckpunkten«, die Konzepte zum Aufbau der Beratungs- und Unterstützungszentren (BUZ), zur Qualifizierung des Personals und zu den Schwerpunktschulen vorgelegt. In allen Regionen werden derzeit Beratungs- und Unterstützungszentren aufgebaut, beziehungsweise arbeiten sie in einigen Regionen schon seit Jahren als Modelle. Ihre Aufgabe ist es, die Schulen der jeweiligen Regionen in der Entwicklung zu inklusiven Schulen zu unterstützen. Der Fachbeirat hat vor allem auf die notwendige Kooperation mit den vorhandenen Beratungsdiensten, insbesondere der Schulpsychologie, hingewiesen. Es gibt schon zu viele Defizite der Koordination in diesem Bereich. Zudem erinnert der Fachbeirat daran, dass auch die Schulen »Zentren für Inklusion« brauchen, die für die Weiterentwicklung der einzelnen Schule zuständig sind. Ebenso fehlen bislang noch die Ombudsstellen, die vom Beirat gefordert wurden.

Die Broschüre mit den Positionen der GEW BERLIN zum Download unter www.gew-berlin.de/public/media/inklusionsbroschuere.pdf

Konzepte der Qualifizierung und Fortbildung

Es wird anerkannt, dass mit dem vorgelegten Konzept das Fortbildungsangebot mit dem Bedarf der Schulen besser abgestimmt werden soll. Auch hier fordert der Fachbeirat konkretere Angaben über die Quantitäten, die in den nächsten Jahren geplant sind. Zudem sollte in den Curricula stärker die Förderung sonderpädagogischer Kompetenzen vorgesehen werden. Der Beirat hatte empfohlen, Netzwerke inklusiver Schulen zu bilden, von denen die Schulen lernen können, die noch wenig oder keine Erfahrung mit Inklusion haben. Gerade weil es in Berlin bei Lehrkräften bereits viel Erfahrung in integrativ arbeitenden Regelschulen gibt, sollte dieses Erfahrungswissen für die weitere Entwicklung genutzt werden. Diese Netzwerkbildung sollte als Instrument aufgenommen werden. Es gibt im Übrigen bereits die ersten Beratungs- und Unterstützungszentren, die solche Netzwerke bilden.

Im Januar 2015 hat sich der Fachbeirat mit dem Konzept der Schwerpunktschulen befasst. Sie sollen für alle Behinderungsarten, außer LES, eine Alternative zu den Förderschulen bilden. In keiner Klasse dürfen mehr als drei Kinder mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf, den die jeweilige Schwerpunktschule anbietet, unterrichtet werden. Von Seiten des Fachbeirats wurde als Ergänzung gewünscht, dass konkretere Angaben zur Personalausstattung der Schulen gemacht werden sollen und zu der erforderlichen sonderpädagogischen Kompetenz, die zur Grundausstattung gehören muss.

Nicht alle unsere Änderungsvorschläge werden von der Senatsverwaltung übernommen, aber insgesamt hat sich eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltung und Fachbeirat hergestellt. Wir werden uns in den nächsten Sitzungen erneut mit den Schwerpunktschulen, der Kooperation Schule/Jugendhilfe, der Entwicklung der Rahmenpläne, der Schulassistenz, der Gestaltung der Übergänge, der beruflichen Bildung befassen und natürlich die Umsetzung der bisherigen Konzepte in die Praxis begleiten.

Ressourcen

In der Publikation der GEW BERLIN »Berlin auf dem Weg zur inklusiven Schule«, nimmt die Frage der

FOTO: GEW

Ausstattung der Integration einen zentralen Raum ein. Das ist sicher das gute Recht einer Gewerkschaft, bedarf aber auch eines Kommentars aus anderer Perspektive. 1989/90 war die Ausstattung mit zusätzlichen LehrerInnenstunden beträchtlich, was damals nicht nur einhellig begrüßt wurde. Die damalige Haushaltslage ließ diese Zusatzausstattung zu, gleichzeitig war sie aber auch dem frühen Stadium und auch der noch relativ geringen Anzahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelschule zu verdanken. Schon damals hat der Behindertenbereich der Alternativen Liste davor gewarnt, diese Kinder quasi zu »vergolden« (damaliger O-Ton) und damit ihre Integration zu einer Besonderheit und nicht zu einer Selbstverständlichkeit zu machen. Es war damals klar, dass diese gute Ausstattung nie zu halten sein würde, wenn der Prozess sich flächenmäßig ausbreiten sollte. Dies wurde auch den Schulen mitgeteilt.

Ich will damit nicht die Bedeutung der Rahmenbedingungen negieren, aber die Prioritätensetzung anders justieren. Die Befürchtungen der damaligen WarnerInnen haben sich zum Teil bewahrheitet. Zwar hat sich die gemeinsame Erziehung seit den 90er Jahren sukzessive ausgedehnt. So werden mittlerweile fast 60 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelschule unterrichtet, aber die Frage der Ausstattung ist bei vielen Lehrkräften und auch Eltern an die erste Stelle gerückt, und die Weiterentwicklung der gemeinsamen Erziehung zur Inklusion wird häufig davon abhängig gemacht. Damit ist die Prioritätensetzung in eine Schieflage geraten, die es wieder gerade zu rücken gilt.

Derzeitige Ausstattung der Integration

Bis zur Senatsklausur Anfang Januar 2015 war die Ausstattung der integrativ arbeitenden Regelschulen sowohl mit LehrerInnenstunden wie mit SchulhelferInnen auf ein nicht zu akzeptierendes Maß runtergefahren worden. Die in den Zumessungsrichtlinien für das Schuljahr 2014/15 vorgesehenen LehrerInnenstunden für die Förderung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, kamen und kommen in dem vorgesehenen Umfang nicht in den Schulen an. Die zusätzlichen Stunden für Kinder mit Lernbehinderungen sind faktisch auf 1,5 reduziert, anstelle der 2,5, die in den Zumessungsrichtlinien für die Grundschule vorgesehen sind. Schulen müssen sich aber darauf verlassen können, dass das, was auf dem Papier steht, auch real zur Verfügung steht.

Es geht nicht an, dass bei einem festgesetzten Etat für die sonderpädagogische Förderung in Berlin ausschließlich die integrativ arbeitenden Schulen von Kürzungen betroffen sind. Dies konterkariert die schulgesetzliche Vorrangstellung der gemeinsamen Erziehung. Auf diesen Sachverhalt hat der Senat mittlerweile reagiert und für 2015 zusätzlich elf Millionen und für 2016 sechzehn Millionen bewilligt. Damit ist die Deckelung der LehrerInnenstellen für die sonderpädagogische Förderung aufgehoben und die Unterdeckung kann zum großen Teil ausgeglichen werden.

Ausblick

Grundsätzlich umfasst die Konzeption einer inklusiven Schule mehr als die Weiterentwicklung der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Sie bedeutet, dass kein Kind, gleich welcher sozialer oder ethnischer Herkunft, welchen kulturellen oder religiösen Hintergrundes, welcher sexueller Orientierung oder ob behindert oder nicht, in der Schule negativ diskriminiert wird. Trotzdem bedarf es zur Entwicklung auch der Fokussierung auf einzelne Schwerpunkte. Mit der UN-Konvention ist ein solcher Punkt gesetzt worden und es ist berechtigt, dass sich ein Fachbeirat mit diesem Schwerpunkt befasst. Zumal es gerade in diesem Bereich die lange Tradition der besonderen Förderung in Förderschulen gibt. Das bedeutet nicht, das Ziel aus dem Auge zu verlieren, es wird aber nicht alles von allen gleichzeitig bearbeitet.

Inklusive Schule soll in einem inklusiven Prozess weiter entwickelt werden. Das bedeutet aber auch, dass sich die Beteiligten als aktive GestalterInnen dieses Prozesses begreifen. Die Politik, das Parlament, die Senatsverwaltung und die Bezirke sind für die Gestaltung der Rahmenbedingungen verantwortlich. Aus dieser Verantwortung sollen sie auch nicht entlassen werden. Die PädagogInnen vor Ort, aber auch das nicht pädagogische Personal, sind für die Gestaltung der Schule, für den Unterricht, den förderlichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen verantwortlich. Zur Professionalität gehört es auch, auf gesellschaftliche Veränderungen angemessen pädagogisch zu reagieren. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Erwachsenen für das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt. An diesen Zielen sollten wir uns alle orientieren. ■

Sybille Volkholz, Vorsitzende des Fachbeirats Inklusion bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

FOTO OBEN: TEXTUNE/FOTOLIA, RECHTS MIKE WOLFF

Schon nah dran

Gemeinschaftsschulen sehen sich aufgrund ihres Modells in besonderem Maße der Inklusion verpflichtet

von Nuri Kiefer, Leitung Vorstandsbereich Schule

Beim Start des Pilotprojektes »Gemeinschaftsschule« im Schuljahr 2008/2009 wurde für diese neue Schulart festgelegt, dass Chancengleichheit und -gerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen und eine optimale Förderung der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten aller SchülerInnen, ein grundlegendes Ziel sei. Dies bezog von Anfang an selbstverständlich auch SchülerInnen mit Handicaps mit ein. Als Schulen, an denen die Diversität der Lehrenden und Lernenden nicht ein Hemmnis, sondern positives Wesensmerkmal einer ganzheitlichen Bildung darstellt, ist Inklusion bereits gelebter Schulalltag. Dabei beachten Gemeinschaftsschulen immer den erweiterten Inklusionsbegriff gemäß § 2 des Berliner Schulgesetzes. Dort steht: Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, einer Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner Erziehungsberechtigten. Außerhalb von Gemeinschaftsschulen wird der Begriff der Inklusion leider überwiegend auf Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung reduziert.

Inklusion nur ohne Selektion

Da die Gemeinschaftsschule auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung als Organisationsprinzip verzichtet und, sofern sie »komplett« ist, längeres gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis 13 ermöglicht, ist sie tatsächlich die einzige Schulart, die alle Anforderungen an ein inklusives Schulsystem erfüllen kann. Denn keine Schule, die Mechanismen des Aussortierens anwendet, kann im engeren Sinne inklusiv sein. Es ist daher nachvollziehbar, dass viele Eltern, die sich nach einer inklusiven Schule für ihr Kind umsehen, häufig Gemeinschaftsschulen wählen. Diese zählen, was Kinder mit einem Förderstatus anbelangt, prozentual betrachtet bereits jetzt schon zu den höchst frequentierten allgemeinbildenden Schulen Berlins. Zwar gilt auch für sie die in der Sonderpädagogikverordnung festgelegte maximale Anzahl von Kindern mit einem Förderstatus in den Klassen oder Lerngruppen. Diese wird aber an nahezu allen Standorten ausgeschöpft und teilweise sogar überschritten.

Die Kollegien an den Gemeinschaftsschulen haben dies bislang ohne großes Murren sehr verantwortungsbewusst im Rahmen ihres Selbstverständnisses als GemeinschaftsschulpädagogInnen mitgetragen. Und das bei zum Teil unanständigen Fehlausstattungen bezüglich der SonderpädagogInnen und SchulhelferInnen. Aber bei inzwischen stetig steigenden Zahlen und wachsendem Druck, noch mehr SchülerInnen mit Förderstatus zu inkludieren, muss vehement eine bessere Ressourcenausstattung eingefordert werden.

Denn in der derzeitigen Phase des Abbaus von Förderzentren und der verkürzten Sicht auf das, was Gemeinschaftsschule leisten kann, entsteht in einzelnen bezirklichen Schulämtern und in der Bevölkerung der Eindruck, dass die Gemeinschaftsschulen als künftige inklusive Schwerpunktschulen quasi jetzt schon ohne eine Besserausstattung fungieren könnten.

Keine Integrationsklassen durch die Hintertür

Es gab beispielsweise in diesem Frühjahr in Marzahn-Hellersdorf, ob geplant oder nur aus Nachlässigkeit, die Absicht, für Gemeinschaftsschulen die maximale Anzahl von Kindern mit Förderstatus je Klasse oder Lerngruppe aufzuweichen. Dies hätte jedoch dem notwendigen pädagogischen Ansatz einer größtmöglichen Heterogenität in den Lerngruppen widersprochen.

Die Gefahr, dass hierdurch wieder Integrationsklassen entstünden und innerhalb der Gemeinschaftsschule SchülerInnengruppen exkludiert werden müssten, wäre sehr groß. Es entstünde die Sonderschule 2.0. Daher haben die Schulleitungen der im Netzwerk Gemeinschaftsschule zusammengeschlossenen Schulen beschlossen, sich die Rahmenbedingungen und die Ressourcenausstattung für die inklusiven Schwerpunktschulen genau anzusehen und zu prüfen, bevor sie in ihren schulischen Gremien über eine Antragstellung beraten lassen. Denn nicht alle Gemeinschaftsschulen können kurz- und mittelfristig jede Art von Handicap angemessen inkludieren. Dazu fehlt der Politik der Mut, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Dennoch bleibt die Forderung aller Schulleitungen im Netzwerk bestehen, dass jede Gemeinschaftsschule in einem überschaubaren Zeitraum barrierefrei werden muss. Welche inklusiven Schwerpunkte und Profile eine Schule darüber hinaus setzt, ist zuerst mit der Schulgemeinschaft vor Ort zu erörtern. Es muss der Senatsverwaltung und den Bezirken daher deutlich gemacht werden, dass eine professionelle Inklusion an Gemeinschaftsschulen nicht zum Nulltarif zu haben ist. Denn Gemeinschaftsschulen sind gebundene Ganztagesschulen. Dies muss ohne Wenn und Aber für alle Lernenden gelten!

FOTO: TEXTUNE/FOTOLIA

Wir brauchen Hilfe

Am Gymnasium ist erfolgreiche Inklusion nur mit entsprechender Expertise und zusätzlichen Ressourcen möglich, die aber fehlen

von Katja Sprzagala, Gymnasiallehrkraft in Mitte

Wir brauchen Kinder und Jugendliche, die in irgendeiner Weise gehandicapt sind, weil wir zusammen sehr viel lernen können. Die bringen in jede Gruppe die natürliche Notwendigkeit zu sehen, dass jeder Mensch wirklich anders ist und unterschiedliche Bedürfnisse hat. Dies ist etwas, was die Persönlichkeit verändert.«[1] Dies sagt Ulrike Kegler, Schulleiterin der Montessori-Gesamtschule in Potsdam, und macht damit deutlich, dass Inklusion für alle SchülerInnen von Vorteil ist, da sie den Blick für Differenz schärft. Auch GymnasiastInnen profitieren von Inklusion, denn erfolgreiche Inklusion am Gymnasium bedeutet auch, dass nicht nur SchülerInnen mit Beeinträchtigungen, sondern auch jene mit einer speziellen Begabung besondere Förderung erhalten und zeitweise aus den gängigen Unterrichtsabläufen ausscheren dürfen. Darüber hinaus fördert Inklusion das soziale Lernen und wirkt so langfristig einer Segregation der Gesellschaft entgegen. Beispiele wie das Fichtenberg-Gymnasium, an dem schon seit Jahrzehnten erfolgreich SchülerInnen mit Beeinträchtigungen unterrichtet werden, zeigen, dass Schulen, die auf soziales Lernen Wert legen, für eine breite Schicht von SchülerInnen und Eltern attraktiv sind.

Beispiele von Integration

An unserer Schule gibt es außer einem Schüler mit Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung Schüler und Schülerinnen mit Beeinträchtigungen beim Hören, Sehen und Gehen. Bei ihnen lässt sich bereits mit einfachen Hilfsmitteln (Hörgeräten, Lupe, Krücken oder Rollstuhl) und kleinen Maßnahmen seitens der Schule (Nachteilsausgleich in Klassenarbeiten und Klausuren, Vergrößern von Arbeitsblättern und Erlaubnis zur Fahrstuhlbenutzung) ein erfolgreicher Schulbesuch sicherstellen. Die Schule, von der ich schreibe, ist ein Gymnasium. Oft genug höre ich den Vorwurf, die Gymnasien würden sich der Inklusion verschließen. Zuletzt war dies im Rahmen einer Ringvorlesung der Humboldt-Universität im Dezember letzten Jahres der Fall, als Aart Pabst, der Leiter der AG »Inklusion« der Kultusministerkonferenz, einen Vortrag zum Thema »Inklusion in der Lehrerbildung« hielt.

Doch auch wenn sich bisher nur wenige Gymnasiallehrkräfte für Inklusion zu interessieren scheinen, lässt sich diese Behauptung meiner Erfahrung nach nicht generalisieren. Mit körperlichen Handicaps von SchülerInnen und LehrerInnen kommen wir im Allgemeinen gut klar, auch wenn wir uns weitere praktische Maßnahmen seitens der Schulverwaltung wünschen, die allen SchülerInnen und KollegInnen nützen würden. Zum Beispiel ist an vielen Schulen eine Verbesserung der Raumakustik in den Klassenräumen notwendig, auch ohne dass hörgeschädigte SchülerInnen diese Schulen besuchen, denn eine schlechte Raumakustik belastet auch all diejenigen, deren Hörvermögen (noch) nicht beeinträchtigt ist.

Alle zusammen: Auch die Gymnasien streben die Inklusion an

FOTO: BERT BUTZKE

Ganz anders stellt sich die Situation allerdings bei SchülerInnen mit Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung dar. Da es sich häufig durchaus um sehr intelligente SchülerInnen handelt, sollten sich die LehrerInnen an Gymnasien hier nicht auf den Standpunkt zurückziehen, dass diese SchülerInnen »einfach nicht ans Gymnasium gehören.« Die Wirklichkeit lehrt, dass sich Beeinträchtigungen oft nicht so leicht kategorisieren lassen. Welche Förderschule kann dem hochmusikalischen Lernbehinderten oder der Autistin mit einer besonderen Begabung für alte Sprachen gerecht werden? Wenn Inklusion auch an Gymnasien Erfolg versprechend praktiziert werden soll, brauchen wir multiprofessionelle Teams, das heißt auch Sonder- und SozialpädagogInnen und ein flexibles System, das auf unterschiedliche Begabungen und Beeinträchtigungen mit unterschiedlichen, individuell zugeschnittenen Maßnahmen reagieren kann. Dies würde auch all jenen SchülerInnen in der »Grauzone« helfen, die zwar keinen diagnostizierten Förderbedarf haben, aber doch Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten in bestimmten Berei-

chen zeigen, die es ihnen selbst, ihren MitschülerInnen und den LehrerInnen im Schulalltag schwer machen. Hier sei nur einmal am Rande angemerkt, dass Hochbegabung gar nicht so selten mit LRS oder ADS einhergeht.

Passgerechte Fortbildungen sind notwendig

Beim Umgang mit SchülerInnen mit einem Förderbedarf im emotionalen und sozialen Bereich wird schnell schmerzlich bewusst, dass die wenigsten Lehrkräfte an Gymnasien über sonderpädagogische Kenntnisse verfügen. Und selbst SonderpädagogInnen begegnen hier oft den größten Herausforderungen. An meiner Schule stehen zwei LehrerInnenstunden für Belange der Inklusion zur Verfügung, aber was soll man damit bewirken, wenn jegliche Expertise fehlt? Außerdem ist es meiner Erfahrung nach für Gymnasiallehrkräfte gar nicht so leicht, sich in diesem Bereich weiterzubilden. Die raren Fortbildungen zum Thema Inklusion richten sich in der Regel an Grund- und Sekundarschullehrkräfte und stellen Modelle vor, die zusätzliche Räume oder zusätzliches Personal erfordern. Für Gymnasien sind solche Ressourcen aber in der Regel nicht vorgesehen. Die immer zahlreicheren jungen Lehrkräfte an den Gymnasien sind möglicherweise schon aufgeschlossener gegenüber Inklusion als ihre älteren KollegInnen, aber auch sie haben in Studium und zweiter Ausbildungsphase oft keinerlei sonderpädagogische Ausbildung erhalten und brauchen Kenntnisse über Methoden, die sich am Gymnasium auch tatsächlich anwenden lassen.

Doch keines der erfolgreichen Modelle, ganz gleich ob es um Hochbegabung, kulturelle Unterschiede, Verhaltensauffälligkeit oder Beeinträchtigungen der Wahrnehmung oder Motorik geht, kommt ohne weitere Ressourcen aus. Überall werden SonderpädagogInnen, ErzieherInnen, speziell ausgebildete Lehrkräfte oder Lehramtsstudierende zusätzlich eingesetzt, aber vom Gymnasium wird bisher offenbar erwartet, Inklusion weitgehend kostenneutral umzusetzen. Da nimmt es nicht wunder, dass Lehrkräfte an Gymnasien zögern, sich auf dieses Abenteuer einzulassen, denn auch am Gymnasium ist erfolgreiche Inklusion nur mit der entsprechenden Expertise und zusätzlichen Ressourcen möglich. Alles andere wäre verantwortungslos!

1 Das Zitat stammt aus dem Begleitbuch zu Reinhard Kahls Dokumentation »Treibhäuser der Zukunft« (S. 85).

Katja Sprzagala ist Gymnasiallehrkraft in Mitte und hat den Artikel im Namen der Fachgruppe Gymnasien geschrieben

Ein Nachteil muss ausgeglichen werden

Die SchülerInnen mit psychischen Erkrankungen müssen auch berücksichtigt werden bei der Berechnung des Förderbedarfes

von Klaus Seifried

Wenn über die inklusive Schule gesprochen wird, denken viele an SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Doch die inklusive Schule und die inklusive Pädagogik haben die Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen im Blick: SchülerInnen mit besonderen Begabungen, mit Teilleistungsschwächen wie LRS oder Rechenschwäche, aus MigrantInnenfamilien, mit Schuldistanz, sonderpädagogischem Förderbedarf und psychischen Erkrankungen. Der Anteil von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegt in Berlin und bundesweit bei rund sieben Prozent. Der Anteil der SchülerInnen mit psychischen Auffälligkeiten liegt bei rund 18 Prozent, mindestens fünf Prozent sind im klinischen Sinne behandlungsbedürftig. Damit hat der Anteil von SchülerInnen mit psychischen Erkrankungen eine ähnlich große Bedeutung wie Beeinträchtigungen im Sinne des sonderpädagogischen Förderbedarfes. Allerdings wird nur Autismus als Förderschwerpunkt anerkannt. Die Förderquote von einem Prozent im Bereich emotionale und soziale Entwicklung berücksichtigt nur einen Bruchteil der SchülerInnen mit Verhaltensauffälligkeiten in der Schule.

Armut verstärkt das Risiko

Viele sprechen von einem dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugend-

FOTO: TEXTUNE/FOTOLIA, FOTO OBEN: PRIVAT

lichen. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren die ambulanten und stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungen deutlich angestiegen sind. Die ärztlichen Verordnungen von »Methylphenidat« (Ritalin, Medikinet, Concerta) bei ADHS und von »Selektiven Serotonin-Wiederaufnahmea und Zwangsstörungen für Kinder und Jugendliche nehmen stark zu. Die Verordnungen von Neuroleptika (Risperdal/Risperidon) bei aggressivem Verhalten hatten zwischen 2005 und 2012 eine Steigerung von 41 Prozent.

In den letzten Jahren ist ein leichter Rückgang der Verordnungen von Methylphendat bei Kindern im Alter von 9 bis 11 Jahren und ADHS zu beobachten, da die Richtlinien verschärft wurden und seit 2010 Hausärzte diese Medikamente an Kinder und Jugendliche nicht mehr verordnen dürfen. Die häufigsten psychischen Erkrankungen im Schulalter sind Ängste, Störungen des Sozialverhaltens, depressive Episoden und ADHS. Auffällig ist, dass Kinder aus armen Familien mit einem niedrigen sozialökonomischen Status (SES), zwei- bis viermal so häufig psychische Störungen entwickeln. Armut ist neben der (psychischen) Erkrankung eines Elternteils und Konflikten in der Familie (Trennung) einer der höchsten Risikofaktoren für eine psychische Erkrankung.

Psychische Auffälligkeiten und Erkrankungen haben in der Schule eine ähnlich große Bedeutung wie sonderpädagogische Förderschwerpunkte. Daher ist es notwendig, dass Schulen sich hierauf vorbereiten.

Ambulanzlehrkräfte

Ein erster Schritt war die Einführung von Ambulanzlehrkräften für psychisch erkrankte SchülerInnen. Jeder Berliner Bezirk verfügt über eine halbe Stelle für die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, die stationär in einer Klinik behandelt wurden, wieder in die Schule zu integrieren. Dabei muss man drei verschiedene Zielgruppen unterscheiden:

- SchülerInnen, die nach einem Klinikaufenthalt wieder in die Regelschule integriert werden können,
- SchülerInnen, die nach einem Klinikaufenthalt eine vorübergehende Stabilisierung in einer Kleingruppe benötigen, um auf die Rückführung in die Regelklasse vorbereitet zu werden,
- SchülerInnen, die nicht in eine Regelklasse integriert werden können und dauerhaft ein Schulersatzprojekt oder eine ähnliche Jugendhilfemaßnahme benötigen.

Allen gemeinsam ist, dass ein fachbereichsübergreifender, komplexer Hilfebedarf besteht und abgestimmte Hilfen von verschiedenen Professionen erforderlich sind. Ein Fallmanagement ist erforderlich, um bereits vor der Entlassung aus der Klinik entsprechende Maßnahmen abzustimmen. Die Beratungs- und Unterstützungszentren in Berlin (SIBUZ), die gerade aufgebaut werden, können hier eine wichtige Vermittlungsrolle übernehmen. Analog zur sonderpädagogischen Förderplanung benötigen psychisch erkrankte SchülerInnen einen Nachteilsausgleich und eine abgestimmte pädagogische Förderung, um schrittweise ihre Teilhabe zu verbessern. Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für den »Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler« geben hierzu erste Hinweise für »besonderen pädagogischen Förderbedarf« und für »sonderpädagogischen Förderbedarf«. Das Land Brandenburg ist da einen Schritt weiter und hat 2014 ein Rundschreiben »Nachteilsausgleich für zeitweise oder chronisch kranke Schülerinnen und Schüler« erlassen. Psychisch erkrankte SchülerInnen sind hier erstmals ausdrücklich erwähnt. Berlin sollte ein ähnliches Rundschreiben auf den Weg bringen, damit die Schulen eine rechtliche Grundlage haben. Welcher Nachteilsausgleich ist denkbar?

Zum Beispiel reduzierte Hausaufgaben, Gewichtungsänderung von schriftlicher und mündlicher Mitarbeit, selbstbestimmte Pausen, Verzicht auf Nachschreiben, Versetzung auf Probe und anderes mehr. Diese Maßnahmen sollten stets individuell auf den einzelnen Schüler und das Krankheitsbild abgestimmt und in einem Förderplan festgeschrieben werden. Wichtig ist, dass alle unterrichtenden Lehrkräfte diesen Nachteilsausgleich mittragen. Eine ärztliche Diagnose mit entsprechender Empfehlung muss vorliegen. Die inklusive Bildung bei SchülerInnen mit psychischen Erkrankungen wird nur erfolgreich sein,

- wenn es ein Fallmanagement zwischen den Fachdiensten gibt,
- wenn vor der Entlassung aus der Klinik die weiteren Maßnahmen in einer Fallkonferenz abgestimmt werden,
- wenn die Schule und die SchülerInnen durch Schulpsychologie, Sonderpädagogik und Jugendhilfe unterstützt werden,
- wenn die notwendigen Hilfen besprochen und in Förderpläne umgesetzt werden,
- wenn temporäre Lerngruppen für Einzel- und Kleingruppenunterricht zur Verfügung stehen,
- wenn bei Bedarf SchulhelferInnen zur Verfügung stehen.

Auch die Berliner Schulen brauchen eine Rechtsgrundlage, um Nachteilsausgleich für SchülerInnen mit psychischen Erkrankungen pädagogisch umzusetzen.

- *Die ambulanten psychiatrischen Behandlungen stiegen in der Zeit von 2005 bis 2008 um 7,8 Prozent, bei Kindern und Jugendlichen aber um 14,3 Prozent, damit doppelt so stark wie in der Gesamtbevölkerung.*

- *Die stationären Behandlungen in Kliniken nahmen bei Kindern und Jugendlichen sogar um 43 Prozent zu.*

Klaus Seifried, Lehrer, Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Leiter des Schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungszentrums Tempelhof-Schöneberg

FOTO: PRIVAT

Bis zu 100.000 Euro zusätzlich erhalten die sogenannten Bonusschulen mit dem Ziel, das individuelle Lernen besser zu fördern.

Besser den Spatz in der Hand

Das Bonus-Programm für die Brennpunktschulen ist sehr zwiespältig, insbesondere im Oberschulbereich ist zusätzliche Unterstützung nötig

von Nuri Kiefer

Am 1. Februar 2014 startete das Bonus-Programm der Senatsbildungsverwaltung für sogenannte Brennpunktschulen. Dies sind Schulen, an denen der Anteil von SchülerInnen, deren Eltern von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit sind, zu einem bestimmten Stichtag bei über fünfzig Prozent liegt. Daher sind, so die Senatsverwaltung, diese Schulen benachteiligt und benötigen für ihre SchülerInnen »besondere und vielfältige schulbezogene Unterstützungsmaßnahmen.« Weiteres Kennzeichen an vielen Standorten sind überdurchschnittlich hohe Nichtbestehens- oder AbbrecherInnenquoten.

2014 wurden 219 Schulen in das Programm aufgenommen (etwa ein Drittel aller Berliner Schulen) und erhielten bis zu 100.000 Euro zusätzliche Finanzmittel, um beispielsweise Schulsozialarbeit oder eine intensivere Elternarbeit zu ermöglichen. Auch mit Kunst-, Theater- und Musikprojekten können die Schulen eigene Akzente setzen oder schulinterne Fortbildung für Lehrkräfte und ErzieherInnen organisieren. Auch Ausgaben für zusätzliche Lernausstattungen wie die Einrichtung einer Lernwerkstatt oder einer Schulbibliothek sind möglich. Dabei entscheidet jede Schule selbst, welcher Weg für sie der richtige ist und wie sie die Mittel aus dem Bonus-Programm einsetzt. Ziel des zunächst auf sechs Jahre angelegten Programms ist es, an den betroffenen Schulen das individuelle Lernen besser zu fördern und somit mehr SchülerInnen zu bestmöglichen Abschlüssen zu führen. Auch soll der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich gesenkt werden. Schlussendlich glaubt die Bildungsverwaltung, mit dem Bonus-Programm die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft deutlich verringern zu können. Ein hehres Ziel!

Die Verteilung der Bonus-Schulen über das Stadtgebiet spiegelt deutlich den Sozialstrukturatlas Berlins wider. In Neukölln wurden 44 und in Mitte 33 Schulen in das Programm aufgenommen, in Pankow und Treptow-Köpenick jeweils vier, in Steglitz-Zehlendorf gar nur drei. Bei den meisten Schulen handelt es sich um Grundschulen, gefolgt von Integrierten Sekundarschulen ohne gymnasiale Oberstufe und Förderschulen. Lediglich fünf Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe sind berlinweit im Programm.

FOTO: SMILEUS/FOTOLIA

Rettet das Bonus-Programm die Brennpunktschulen?

Aus dieser Verteilung ist bereits ersichtlich, dass insbesondere an den Grundschulen und Sekundarschulen in sozialen Brennpunkten die Probleme weit über das hinausragen, was mit den zusätzlichen Geldern aus dem Programm angegangen werden kann. Diese Schulen benötigen mehr Zeit pro Kind – und das bedeutet wesentlich mehr pädagogisches Fachpersonal in einem regulären Beschäftigungsverhältnis. Zum Vergleich: Eine Vollzeit-LehrerInnenstelle schlägt mit etwa 60.000 Euro jährlich zu Buche. Also hätten Bonus-Schulen umgerechnet ein bis zwei Stellen zusätzlich. Wenn man aber berücksichtigt, dass an diesen Schulen aufgrund der erhöhten Arbeitsbelastung PädagogInnen häufiger krank werden, relativiert sich der Bonus zu einem Nullsummenspiel. Gemäß dem Motto »Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach« begrüßt die überwiegende Zahl der SchulleiterInnen von Brennpunktschulen den erweiterten Handlungsspielraum. Bis Dezember 2014 waren 2.270 Honorar-, Werk- oder Kooperationsverträge mit Einzelpersonen, privaten Bildungsanbietern oder Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe geschlossen. Rund 40 Schulen haben die Gelder genutzt, um Schulsozialarbeit an ihren Standorten auf- oder auszubauen. Bis zum Jahresende waren knapp 12,5 Millionen Euro der bereitgestellten 15 Millionen Bonusmittel verausgabt.

Verausgabung der Mittel bindet ohnehin knappe Leitungsressourcen

Die Verwendung und Abrechnung der Mittel brachte und bringt jedoch auch künftig einen nicht zu unterschätzenden Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand mit sich, der die ohnehin überdurchschnittliche Arbeitsbelastung für die Schulleitungen an Brennpunktschulen noch weiter erhöht. Es müssen viele Gespräche mit den EmpfängerInnen der Gelder geführt werden, Zielvereinbarungen aufgestellt und mit der Schulaufsicht abgesprochen und nicht zuletzt auch die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen kontrolliert werden. Gerade an Grundschulen, wo Schulleitungen ohnehin zu gering mit Leitungszeit ausgestattet sind, führt das Bonus-Programm somit zu weiterer unbezahlter Mehrarbeit. Hinzu kommt, dass die hohe Belastung der Lehrkräfte und ErzieherInnen an Brennpunktschulen durch das Bonus-Programm kaum gemildert wird. Zwar sind aus dem Programm auch Maßnahmen der Gesundheitsprävention, der Fortbildung und der Verbesserung der Arbeitsplatzsituation finanzierbar, solche wurden im ersten Jahr aber nur an wenigen Standorten realisiert. Vielleicht auch deshalb, weil die Beteiligung der Kollegien und Elternschaft bei der Verwendung der Mittel nur unzureichend sichergestellt ist, denn »über die Mittelverwendung entscheidet die Schulleitung«, so die Auffassung der Senatsbildungsverwaltung.

Alles schick mit Bonusgeldern?

Nach dem ersten Jahr bieten die Rückmeldungen aus den Schulen und der Verwaltung durchaus zahlreiche Ansätze für ein positives Resümee. Aus Sicht der GEW BERLIN benötigen aber insbesondere die Brennpunktschulen über das Bonus-Programm hinaus weiterreichende Unterstützungsmaßnahmen, um sich insbesondere im Oberschulbereich nicht als Restschulen zu etablieren. Viele Leitungen von Schulen in sozialen Brennpunkten wünschen sich die personelle Ausstattung und die Klassengrößen zurück, die sie zu Hauptschulzeiten hatten. Damit könnten dann auch die Lehrkräfte entlastet und die SchülerInnen individueller zu Abschlüssen geführt werden. Vor der Berliner Schulstrukturreform 2010, bei der die Haupt- und Realschulen zu den Integrierten Sekundarschulen zusammengelegt wurden, waren insbesondere an den Brennpunktschulen mehr Lehrkräfte in kleineren Klassen im Einsatz. Die Hoffnung, dass sich durch die Zusammenlegung die SchülerInnenschaft leistungsmäßig besser durchmischt und dadurch Ressourcen eingespart werden können, hat sich insbesondere an den Standorten ohne gymnasiale Oberstufe in sozialen Brennpunkten nicht oder nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Die Ressourcen wurden dennoch zurückgefahren. Auch aus solchen Sparmaßnahmen speisen sich schlussendlich die jährlich rund 15 Millionen Euro für das Bonus-Programm.

Hinzu kommt, dass beim derzeitigen LehrerInnenmangel gerade Brennpunkt-Schulen immense Probleme haben, genügend pädagogisches Fachpersonal zu bekommen. Denn viele Neu- und QuereinsteigerInnen möchten nicht an einer Schule in schwieriger sozialer Lage arbeiten. Und die, die es oft widerwillig dennoch tun, weil sie unbedingt nach Berlin oder in den Schuldienst wollen, sind meist nicht ausreichend auf die herausfordernde Arbeit im Umgang mit den SchülerInnen vor Ort vorbereitet. Um Bonus-Schulen auch für hoch qualifizierte PädagogInnen attraktiver zu machen, muss die Senatsverwaltung daher über zusätzliche Anreize für die Beschäftigten an diesen Standorten nachdenken, sei es in Form von Verringerung der Arbeitszeit oder finanziellen Zuschlägen.

Zum Bonus-Programm haben der Vorstandsbereich Schulen und die AG »Schulen im sozialen Brennpunkt« der GEW BERLIN am 16. März 2015 einen Fachtag mit dem Titel »Rettet das Bonus-Programm die Brennpunktschulen?« durchgeführt. Über die Ergebnisse berichten wir in der nächsten Ausgabe der blz.

Nuri Kiefer, Leiter Vorstandsbereich Schule

FOTO: PRIVAT

ANZEIGE

GRIPS

Ein Fest bei Baba Dengiz

von Volker Ludwig | nach dem GRIPS-Klassiker »Ein Fest bei Papadakis« | ab 4. Klasse
Uraufführung am 17. April 2015
Vorstellungen im April: 18., 16.00 Uhr | 20., 21., 29. und 30., 10.00 Uhr
Vorstellungen im Mai: 3. und 30., 16.00 Uhr | 4., 5., 27., 28. und 29., 10.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 - 39 74 74 - 77 | grips-theater.de

Gedichtanalyse versus Steuererklärung

In seinem Offenen Brief an die Kölner Gymnasiastin Naina bestreitet Wolfgang Harnischfeger, dass die Kompetenzen für eine Gedichtanalyse weltfremd sind: Wer richtig analysieren kann, versteht auch das reale Leben

Hätte Naina mit diesem Schreibgerät ihren Frust auf den Weg gebracht, wäre wohl das Echo überschaubar geblieben. Per Twitter aber ist sie mit ihrer Bemerkung zur Berühmtheit geworden.

von Wolfgang Harnischfeger

Liebe Naina, auf Twitter hast du vor einigen Wochen geschrieben: »Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherung. Aber ich kann 'ne Gedichtanalyse schreiben. In vier Sprachen.« Da hast du ganz schön auf den Putz gehauen, finde ich, nach dem Motto »Übertreibung macht anschaulich«. Wenn du eine Gedichtanalyse in einer Sprache, in Deutsch, kannst, ist das schon eine ganze Menge. Und wenn du die Methodik begriffen hast, kannst du sie eventuell noch auf eine weitere Sprache übertragen, vielleicht bist du bilingual aufgewachsen, aber auf insgesamt vier Sprachen, das glaube ich dir nicht. Gedichte sind per se Verdichtungen von Form, Inhalt und Sprache, da braucht man vor allem in einer Fremdsprache mehr Kompetenzen, als die Schule sie vermitteln kann. Aber du hast mit deiner Feststellung ein riesiges Medienecho losgetreten, insofern war dein Seufzer, der vielfach als Aufschrei interpretiert wurde, überaus wirksam.

Du hast eine Gegenüberstellung von schulischen Inhalten und anderen, ich will sie einmal Lebensinhalte nennen, vorgenommen, also wieder einmal den alten Gegensatz von Schule und Leben beklagt. Ich will deshalb fragen, ob die Kompetenzen, die man für eine Gedichtanalyse braucht, wirklich so welt- und lebensfremd sind. Bei der Gedichtanalyse muss man die Hauptaussage herausarbeiten, sie mit Textbeispielen belegen, die Systematik ihrer Herleitung (den Aufbau) herausarbeiten, den Zusammenhang von Sprache und Inhalt erkennen (fachlich: Syntax, Lexik und Semantik in Beziehung setzen), den Zeitbezug herstellen über die Biografie der Autorin oder des Autors oder historische Fakten. Du musst deine Gedanken ordnen und zuordnen, sie stilistisch angemessen formulieren und am Ende eine begründete Wertung oder Einordnung abgeben können.

Naina, ich nehme dich jetzt einmal beim Wort und bringe dir nicht für jede dieser Kompetenzen ein Beispiel aus einem nichtschulischen Zusammenhang, denn es erschließt sich von selbst, dass zum Beispiel die Fähigkeit, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, bei der heutigen Informationsflut eine Schlüsselkompetenz darstellt, von der jeder denkende Mensch zwanzig Mal am Tag Gebrauch macht, und sei es nur, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln von A nach B zu kommen. Aber vom Himmel fällt sie nicht. Du bist in Kürze 18 und darfst wählen. Wie willst du herausfinden, welche Partei und welche Aussagen deiner Interessenslage entsprechen, wenn du nicht dieselben Fähigkeiten wie bei der Gedichtanalyse anwendest? Wie willst du einen Beruf finden, wenn du dich nicht informieren, abwägen und auswählen kannst? Natürlich kannst du dich auch verweigern und das Glück von glücklichen Kühen auf der Alm anstreben, aber dafür bist du schon zu klug, du kannst dein Hirn nicht einfach an der Garderobe abgeben, weil du jetzt schon Ansprüche an dich und die Gesellschaft hast.

Naina, wenn du dich selbst ernst nimmst, wirst du begreifen, dass man dir gewisse Dinge des Lebens nicht mehr »beibringen« kann im Sinne von »herbeibringen«. Du musst sie dir holen oder zu ihnen hingehen. Wenn du erst einmal selbst Steuern bezahlst, wirst du sehr bald Bescheid wissen über Mindeststeuersatz, Progression und Pendlerpauschale, und wie der Wohnungsmarkt tickt, weißt du nach der ersten Massenbesichtigung einer Zweizimmerwohnung. Und versichern werden dich Heerscharen von VertreterInnen wollen, sobald du dein eigenes Geld verdienst.

Ich fände eine Schule, die alle Lebensbereiche auf Arbeitsbögen und Tafelanschriebe zieht, von der eigenen Sexualität über den Ehevertrag bis zur Sterbeversicherung, schrecklich aufdringlich und tendenziell totalitär. Wenn du in der Schule das Lernen und das Denken gelernt hast, dann bist du reif für das Leben, dann schaffst du das schon, du kannst ja Gedichtanalysen! ■

Siehe auch den Brief einer Leserin auf Seite 5.

Wolfgang Harnischfeger, ehemaliger Schulleiter des Beethoven-Gymnasiums

FOTO OBEN: BRAT82/ FOTOLIA, UNTEN: PRIVAT

BLZ-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE XXV ALTERSABHÄNGIG APRIL 2015

Die 25. AUSGABE der EXTRA-SEITEN der blz

Wir waren knallbunt, fordernd und duzten uns

Über die Aktivitäten und Wandlungen der SozialpädagogInnen in der GEW. Von den Anfängen bis zum Kitastreik

von Almut Paulsen

Vor 25 Jahren gab es den Berliner Kitastreik. Aber auch davor waren die Mitglieder im Bereich Sozialpädagogik schon sehr aktiv in der GEW, wie unsere Autorin berichtet.

FOTO: BETTINAF/PIXELIO.DE

Ende des Jahres 1971 trat ich als eine der ersten Sozialpädagoginnen in die GEW ein. Ich leistete mein Berufspraktikum in einer Zehlendorfer Kita ab und die damalige Leiterin ermunterte zur Mitarbeit in der Gewerkschaft. In der ersten Mitgliederversammlung des Bezirks wurde ich von zwei Seiten angesprochen: von Gisela Mikhoff wegen der Mitarbeit in der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe und von den jungen LehrerInnenkollegen, die im damaligen AjLE (Ausschuss junger Lehrer und Erzieher) waren. Mich interessierte alles, was in dieser Gewerkschaft geschah, und so wurde ich aktiv im AjLE (wahrscheinlich als erste und letzte sozialpädagogische Fachkraft in diesem Gremium) und in der Fachgruppe. Von den jungen KollegInnen gingen basisdemokratische Veränderungen aus: Weg von der SPD-Nähe, auch wenn sich die damaligen Linken in unterschiedlichen parteinahen oder -ähnlichen Organisationen befanden. Jede Gruppierung buhlte um neue Mitglieder, ich blieb ein »flusy" (eine fluktuierende Sympathisantin) mit aufrechtem Gang.

Was war in der Fachgruppe los?

Gisela Mikhoff war die Vorsitzende der Fachgruppe und um sie herum (so meine Erinnerung) saßen lauter »ältere Damen« aus gutem Hause, ihres Zeichens Kitaleiterinnen. Das war die Zielgruppe: Leiterinnen und aufstiegsorientierte Erzieherinnen mit vorrangig bildungspolitischem Interesse, schwerpunktmäßig mit der Verbesserung der Situation der 5 bis 6jährigen Kinder im Übergang zur Grundschule befasst.

Bereits Ende der 60er Jahre hatten in Kreuzberg Erzieherinnen die Arbeit niedergelegt, und die Gewerkschaften handelten mit der zuständigen Senatsverwaltung aus, dass die Gruppenfrequenz 15 Kinder beträgt und bei fehlendem Personal die Gruppe geschlossen werden darf, statt andere permanent überzubelegen. An dieser theoretisch sehr guten Regelung hatte die GEW durch Gisela Mikhoff erfolgreich ihren Anteil – aber von Streik war nicht die Rede, und überhaupt waren die Kolleginnen von den jungen Mitgliedern und der beginnenden antiautoritären Erziehung, von den Beteiligungsrechten für Eltern in ihren Einrichtungen und von den nicht mehr jeden Kompromiss wollenden Erzieherinnen unangenehm berührt (um

Ein ganz aktuelles Foto von Almut aus dem Februar 2015, als sie in Afrika unterwegs war. Unten das Autorinnenfoto von 1995.

nicht stärkere Worte zu benutzen). Wir siezten uns, und ich erinnere mich noch gut daran, dass einer neuen Kollegin gesagt wurde, sie solle nicht so berlinern, sondern erst mal richtig deutsch sprechen lernen.

Lauter und frecher

Wenn ich das alles von heute aus betrachte, so waren die »älteren Damen« so alt wie ich heute. Sie repräsentierten die Generation derer, die ihre Kindheit und Jugend im »Dritten Reich« und im Zweiten Weltkrieg verbracht hatten und deshalb aus tiefster Überzeugung keine Verbindung zwischen Politik und Pädagogik haben wollten, »wertfrei« sollte alles sein. Ich kam in diesen Kreis, wurde Kitaleiterin und nach wenigen Jahren Fachgruppenvorsitzende. Ich war lauter und frecher als diese tollen Frauen, versuchte aber trotzdem, sie dabeizubehalten. Der Bruch vollzog sich dann mit der Spaltung der GEW BERLIN 1976, wir blieben erbitterte Bekämpferinnen der Berufsverbote und des Radikalenerlasses und vor allem der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Wir waren knallbunt, fordernd und duzten uns (im Gegensatz zu der männerdominierten Lehrerschaft im dezenten Grau, mit dicken Bäuchen und Hosenträgern).

Boom im Arbeitsfeld

Auf Bundesebene diskutierten wir über die Berufsbezeichnung der späteren Erzieherinnen. 1972 wurde in Berlin die Ausbildung mit diesem Abschluss begonnen, seit 1971 gab es Fachhochschulen für Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Dieses Arbeitsfeld boomte, die Heimerziehung geriet endlich in heftige Diskussion und die Berliner Heimerzieherinnenkampagne setzte deutliche Zeichen. Die Fachgruppe gewann viele neue Kolleginnen, und auch wenn der Kitabereich noch am stärksten vertreten war, gab es immer wieder Initiativen, auch den Freizeitbereich und die HeimkollegInnen einzubeziehen. Als Fachgruppenvorsitzende saß ich dann noch unter dem damaligen GEW-Landesvorsitzenden Dietrich Schaeffer im Landesvorstand, wo noch Getränke gereicht wurden und die Raucher den Sauerstoffgehalt in den Sitzungsräumen bestimmten. Nur Herbert Regelin zog aus, wenn der Dunst zu dick wurde.

Viele Kampagnen

Unsere Fachgruppe unterstützte die Grundschulkampagne »Kleine Kinder brauchen kleine Klassen«, aber wir wehrten uns vehement gegen die Einvernahme der 5-6-jährigen in die Schule. Wir demonstrierten, wir stritten uns mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV, heute ver.di). Innergewerkschaftlich setzte ich durch, dass die Ausbilderinnen von sozialpädagogischen Fachkräften in der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe eingeordnet wurden, statt in der Fachgruppe Gewerbliche Schulen ein Randgruppendasein zu führen (wie jetzt wieder, dank des entzückenden Landesschulamtes). Diese Entscheidung war deshalb wichtig, weil ich selbst inzwischen an einer Fachschule unterrichtete, mich aber dem sozialpädagogischen Arbeitsfeld zugehörig fühlte. Zumal dort inzwischen nicht mehr die Kita-Leiterinnen den Ton angaben, sondern die Ausbilderinnen an den Fachschulen (oft LehrerInnen, die die Erzieherinnen ausbildeten), was allerding nicht nur vorteilhaft war. Die Erzieherinnen waren damals stärker in der ÖTV organisiert, weil die Kita-Leiterinnen in der GEW stärker bildungspolitisch interessiert waren und weniger tarifpolitisch. Außerdem waren das ja ihre Vorgesetzten.

Neue Kämpfe

Ab 1981, nach dem bedauerlichen Weggang der damaligen Senatorin Ilse Reichel, wurde die Fachgruppenarbeit immer wichtiger, auch wenn ich selbst nur noch im Hintergrund agierte. Die »fachlichen Katastrophen« in senatlicher Vertretung machten neue Kämpfe und Auseinandersetzungen nötig, die ihren traurigen Höhepunkt in dem ab Dezember 1989 gestarteten Kitastreik erreichten. In diesem Jahrzehnt hatte sich die Mitgliedschaft der Fachgruppe soweit konsolidiert, dass auf Landesebene das Referat F eingerichtet wurde, etliche Jahre später auch auf Bundesebene. Dass auch gestreikt werden konnte, war ausschließlich der innergewerkschaftlichen Entwicklung zu verdanken, und so war der Streik auch ein unerhörter Erfolg, dessen Ergebnisse dank der bildungspolitischen Ignoranz der SPD jedoch nur in einem bescheidenen Tarifvertrag endeten.

Fünf neue Fachgruppen

Seit Ende der 80er Jahre ist dem enormen Mitgliederbestand dieser Fachgruppe Rechnung getragen worden, indem aus der einen Fachgruppe fünf neue entstanden, in denen nun die sozialpädagogischen Arbeitsfelder vergleichbar den schulischen Sortierungen besser zusammengefasst sind. Es sind nun fünf sozialpädagogische Menschen im Landesvorstand, welch ein Erfolg (wären sie auch immer präsent)!

Wir sozialpädagogischen Menschen haben seit den 70er Jahren für demokratische Strukturen in Gewerkschaft und am Arbeitsplatz gestritten, für eine bessere Bildungspolitik und für eine gute Erziehungsarbeit und deren Bedingungen schon seit Beginn der GEW!

Der Artikel ist 1995 in der Oktober-Ausgabe (blz10/95) erschienen als Antwort auf Erhard Laube, der zuvor geschrieben hatte, die Erzieherinnen hätten in der Gewerkschaft »bis Mitte der 80er Jahre ein Schattendasein« geführt Wir drucken ihn hier zum 25jährigen Jubiläum des Kita-Streiks ab. Denn Almuts Darstellung ist gewissermaßen die Vorgeschichte dieser großen Aktion der ErzieherInnen in Berlin. Der Artikel wurde angepasst an die aktuelle Schreibweise der blz und an die neuen Rechtschreibregeln.

FOTO: PRIVAT

Almut Paulsen (1948) war von 1973 bis 1981 mit einigen Unterbrechungen Vorsitzende der damaligen Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe und von 1997 bis 1999 Leiterin des damaligen Referates F (Sozialpädagogik). Almut ist Sozialpädagogin, war 38 Jahre tätig als Ausbilderin am Oberlin-Seminar und ist seit 2012 Rentnerin

Manchmal ist es gar nicht so einfach mit den neuen Medien. Aber die Jungen Alten der GEW BERLIN geben gute Hilfestellung in ihrem Club und in den Kursen, die Peter Sperling anbietet.

»Ich komme nicht ins Internet!«

Im Computerclub der Jungen Alten werden Probleme gelöst

von Peter Sperling

Wie kriege ich denn jetzt das Bild neben den Text?« – »Warum ploppt da unten rechts immer so ein komisches Viereck auf?« – »Muss ich jetzt ›Ja‹ oder ›Nein‹ anklicken?« – »Wie kann ich mein Passwort ändern?« Solche und viele andere Fragen versuchen wir im Computerclub der Jungen Alten gemeinsam zu beantworten. Und dann gibt es natürlich auch schwerwiegende Probleme: »Ich komme nicht ins Internet!« oder »Mein Computer reagiert nicht mehr!«

Alle 14 Tage treffen wir uns mit unseren Laptops im GEW-Haus und verteilen uns rund um den großen Tisch, auf dem die Computer, Netzgeräte, Steckdosen und Kabel dann fast die gesamte Fläche bedecken. Zuerst werden aktuelle Fragen und Problemstellungen gesammelt und dabei merken einige auch schon, dass sie oft dieselben Fragen und Probleme wie andere TeilnehmerInnen haben. Dann versuchen wir, sie nach und nach abzuarbeiten. Zum Glück haben wir auch einen Beamer und können jeden Bildschirm, auf dem eine Lösung präsentiert werden kann, an die Wand projizieren. Da hellen sich die Minen auf und neben »Ahhs« und »Ohhs« hört man hin und wieder Sätze wie »So einfach ist das? Das hab ich immer sooo gemacht und das war ziemlich kompliziert.«

Der Computerclub ist aus dem Bedürfnis entstanden, Unterstützung im Umgang mit einem Computer zu bekommen. Da man Desktop-PCs nicht so leicht transportieren kann, können leider nur BesitzerInnen eines Laptops mitmachen. Aber der Trend geht sowieso in die Richtung transportabler Geräte. Beim Neukauf sollte man sich deshalb überlegen, welche Art von Computer nützlich ist. In der Regel können Laptops alles, was auch Desktop-PCs bieten. Der Computerclub bietet auch Beratung beim Neukauf an. Hier kommt es darauf an, sich über die eigenen Verwendungsmöglichkeiten klar zu werden und den dafür geeigneten Computer auszusuchen. Das muss man sich gut überlegen.

Dabei ist nicht die Optik entscheidend, sondern das verwendete Betriebssystem, die BenutzerInnenfreundlichkeit, die zusätzlich erforderlichen Programme und die benötigten Zusatzgeräte wie Drucker und externe Speichermedien. Die meisten Computer oder Laptops aus dem unteren Preissegment haben heutzutage ein Speichervolumen und eine Arbeitsgeschwindigkeit, die für unsere Bedürfnisse voll ausreichen. Wichtig ist bei der Benutzung eine zusätzliche Speicherung aller angefertigten Dateien auf einem externen Speicher wie einem USB-Stick, damit die persönlichen Daten auch dann noch vorliegen, wenn der Computer nicht mehr funktioniert oder verloren geht. Beim Drucker sollte man darauf achten, im welchem Verhältnis der Preis eines Druckers zu den Folgekosten, also dem Neukauf von Druckerfarben, steht und wie viele Seiten man mit einer Druckerpatrone drucken kann.

Der Computerclub beginnt wieder im November 2015. Vorher wird eine Einladung an alle Jungen Alten verschickt. Aufgrund der Raumgröße können aber nur 8 Mitglieder teilnehmen. Im nächsten Durchgang werden deshalb diejenigen InteressentInnen bevorzugt, die noch nicht am Computerclub teilgenommen haben. Fragen, die per E-Mail beantwortet werden können, sind jederzeit möglich an peter.sperling@t-online.de.

Von dort werden auch Anleitungen zu bestimmten Stichworten verschickt, beispielsweise Computerorganisation, Dateiendungen, Kontextmenü, Cookies, Cookies im Firefox personalisieren, Vorlage erstellen, Aufzählung-Nummerierung-Gliederung und OpenOffice, die wir im Computerclub erarbeitet haben.

Peter Sperling, Leiter des Computerclubs

FOTO: PATHDOC/FOTOLIA, AUTORFOTO: PRIVAT

Volles Haus in den Winterferien

Aus einem breiten Spektrum an Themen konnten die TeilnehmerInnen des SeniorInnentages auswählen. Und alles lief wie am Schnürchen

Eine so große Runde von ZuhörerInnen hatten natürlich nicht alle Arbeitsgruppen.

vom Vorstandsteam des LandesseniorInnenausschusses/Junge Alte: Lore Albrecht, Beate Huhs, Marianne Pousset

Wiedersehen nach zwanzig Jahren – etliche TeilnehmerInnen des zweiten SeniorInnentages trafen sich überrascht und erfreut im GEW-Haus in der Ahornstraße. Überrascht, weil es so viel Interesse gab, erfreut, so viele ehemalige KollegInnen und Bekannte wiederzutreffen. Und tatsächlich machten die 240 Anmeldungen die Durchführung an zwei Tagen nötig – weitgehend mit dem gleichen Programm und jeweils unterstützt durch unseren GEW-Chor unter der Leitung von Gerd Schrecker. Die acht Personen des Vorstandsteams des LandesseniorInnenausschusses/Junge Alte (LSA/JA) hatten ein halbes Jahr lang Inhalte und Workshop-Themen erwogen, verworfen und schließlich realisiert. Alle organisatorischen Aktivitäten wurden hervorragend geplant und durchgeführt von Monika Rebitzki und Rainer Witzel. An beiden Tagen hatten wir tatkräftige Unterstützung durch die Angestellten der Geschäftsstelle, insbesondere durch unsere Hausmeisterin Julia, Eva Proß sowie den studentischen Hilfskräften Steffi und Emre. Ihnen allen gebührt ein dickes Dankeschön!

»Wir wollen nicht immer nur als alte/neue Zivis auf den Output unserer ehrenamtlichen Arbeit reduziert werden« – war sinngemäß die wesentliche Aussage auf der Eröffnungsveranstaltung, obwohl viele von uns natürlich auch ehrenamtlich tätig sind. Aber wir sind zum großen Teil politisch denkende und handelnde SeniorInnen, die bewusst in der GEW bleiben und die Gewerkschaft nach wie vor als Plattform für politische Betätigung nutzen. Das zeigte sich auch an dem großen Interesse an den Workshops mit historisch-politischen Themen, wie »Der Ukraine-Konflikt«, »Lehren aus dem 1. Weltkrieg«, »Stolpersteine«. Aber auch Themen wie PatientInnenverfügung, Wohnformen im Alter, Sicherheit im Alltag waren wieder gut nachgefragt. So haben die TeilnehmerInnen des Workshops »Trickbetrug« jetzt nicht nur bei Demos und Streiks die rot-weißen Trillerpfeifen dabei, sondern auch im Alltag, damit sie in bedrohlichen Situationen Alarm pfeifen können. Und nicht zuletzt erheiterte die beliebte Glossenschreiberin Gabriele Frydrych mit der Lesung aus ihrem jüngsten Buch »Die Dümmsten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden«.

Die Mittagspause mit dem Imbiss war zwar etwas zu lang, wurde aber ausgiebig für angeregte Gespräche in entspannter Atmosphäre genutzt. Wenn 100 SeniorInnen in unserem GEW-Haus miteinander diskutieren, sich austauschen, lachen, sitzen, essen, kann es sehr eng werden. Aber irgendwie auch gemütlich, wie die abendliche Sekt-Abschlussrunde bewies. Im Ergebnis stellen wir erfreut fest, dass unsere politische Ausrichtung positiv aufgenommen wurde. Wir werden weiterhin auf unseren monatlichen Sitzungen und auf Themenabenden, teils gemeinsam mit der AG Frieden, aktuelle soziale und politische Themen aufgreifen.

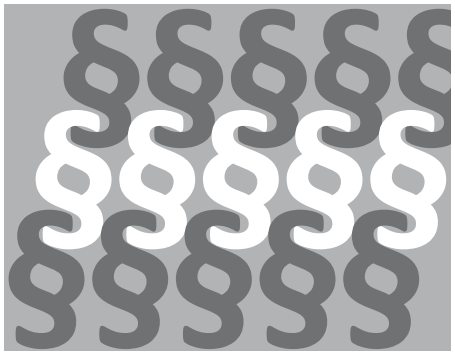
FOTO: ILONA BRANDT

ELEKTRONISCHE SYSTEME GEGEN ALTERSBESCHWERDEN

1950 war erst jede zehnte EinwohnerIn mindestens 65 Jahre alt, heute ist es schon jede fünfte und bis 2050 könnte es etwa jede dritte sein, hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ermittelt. Insbesondere die Industrie entdeckt inzwischen den großen Markt, der für die Bedürfnisse der älteren Menschen besteht. Es geht um Methoden, Konzepte, (elektronische) Systeme, Produkte sowie Dienstleistungen, welche das alltägliche Leben älterer und auch benachteiligter Menschen situationsabhängig und unaufdringlich unterstützen. Dabei werden Vitalfunktionen wie Blutdruck, Puls oder Blutzucker gemessen und beobachtet und zum Beispiel an einen ambulanten Pflegedienst weitergegeben, wobei die Grenze zwischen Verlust und Gewinn an persönlicher Freiheit durch neue Techniken manchmal schwer zu ziehen ist. Hier einige Hinweise zum Thema:

- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung lädt zum Zukunftskongress Demografie: »Technik zum Menschen bringen« ein. *29./30. Juni 2015* im Gasometer Berlin-Schöneberg, EUREF-Campus 13, Torgauer Str. 12-15, 10829 Berlin. Infos: www.mtidw.de
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft der SeniorInnen-Organisationen hat eine Checkliste für nutzerInnenfreundliche Webseiten herausgegeben. Das sind Seiten, bei denen Werbung klar erkennbar ist und Fremdwörter und Abkürzungen möglichst wenig verwendet werden: www.bagso.de
- Vom 2. bis 4. Juli findet in Frankfurt der Deutsche SeniorInnentag statt. Infos unter www.deutscher-seniorentag.de

KW



FESTBETRÄGE FÜR MEDIKAMENTE IN DER BEIHILFEVERORDNUNG

Die Beihilfestelle hatte mit Wirkung vom 1. September 2013 eine vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen erstellte Festbetragsliste übernommen, mit der nur noch die Kosten für Generika statt der Kosten für oft sehr teure Originalmedikamente übernommen werden. In Fällen, in denen die Betroffenen die Generika nicht vertrugen oder diese nicht die erforderliche Wirkung erzielten, hat die GEW Rechtsschutz für Klagen beim Verwaltungsgericht erteilt. Das Verwaltungsgericht hat festgestellt, dass diese Festlegung von beihilferechtlichen Festbeträgen verfassungswidrig ist, weil so etwas nur per Gesetz geregelt werden kann. Das Land Berlin hat Berufung eingelegt, das Verfahren kann noch lange dauern. Um Ansprüche nicht zu verlieren, raten wir allen Betroffenen, mit Verweis auf das oben genannte Urteil Widerspruch gegen ihre Beihilfebescheide einzulegen, verbunden mit der Bitte, den Widerspruch ruhen zu lassen, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Bei positivem Ausgang müssen dann bis zum Erlass einer rechtskonformen Regelung die jetzt gekürzten Beträge nachgezahlt werden. (VG 7 K 147.14 vom 24.9.2014)

I. Uesseler-Gothow

BESOLDUNGSTABELLE FÜR PENSIONÄRINNEN

Wer schon länger in Pension ist, wundert sich ab und zu, dass die auf den Versorgungsmitteilungen vermerkten ruhegehaltfähigen Bezüge in keiner aktuellen Besoldungstabelle zu finden sind – und damit natürlich auch nicht geprüft werde können. Tatsächlich sind Versorgungsbezüge von Personen, die zum Zeitpunkt der Überleitung der Besoldung in das neue System der Erfahrungsstufen (1. August 2011) bereits in Pension waren, nur hinsichtlich der Benennung der Stufen übergeleitet worden, aber nicht mehr am weiteren Aufstieg in diesem neuen System. So ist beispielsweise aus der alten Dienstaltersstufe 12 die Überleitungs-/Erfahrungsstufe 7+ geworden, aber nicht mehr die neue Erfahrungsstufe 8.

Natürlich werden alle PensionärInnen auch an Besoldungserhöhungen beteiligt, aber eben auf der Basis der bei der Pensionierung erreichten Stufe. Der finanzielle »Schaden« hält sich sehr in Grenzen, der Unterschied zwischen Dienstaltersstufe 12 alt/Überleitungsstufe 7+ einerseits und neuer Endstufe 8 andererseits betrug je nach Besoldungsgruppe zwischen 4 und 12 Euro. Mit Urteil vom 18. Dezember 2014 hat das Verwaltungsgericht Berlin dieses Vorgehen bei der Einführung des neuen Besoldungssystems bestätigt. Wir werden aber die Innenverwaltung auffordern, eine entsprechende Besoldungstabelle zu erstellen und zu veröffentlichen, damit auch ältere PensionärInnen den Stand und die Entwicklung der für sie geltenden Besoldung erkennen und prüfen können.

I. Uesseler-Gothow

EXISTENZMINIMUM AUCH FÜR PRAKTIKANTINNEN

Studierende sozialer Berufe leisten einen großen Beitrag zum Bestehen der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege im sozialen Sektor. In Berlin schreiben die Studienordnungen der sozialen Hochschulen ein studienintegriertes Praktikum von in der Regel fünf Monaten vor. Hierbei handelt es sich um ein Pflichtpraktikum, das zum erfolgreichen Abschluss und der staatlichen Anerkennung des jeweiligen Berufes gehört. Die Studierenden sind während dieser Zeit nicht dem Betrieb zugehörig und haben demnach keinen Vergütungs- und Urlaubsanspruch gemäß Berufsbildungsgesetz. In Anbetracht der Tatsache, dass laut einer Studie über die sozioökonomische Lebenssituation der Studierenden sozialer Berufe in Berlin 67 Prozent der Studierenden ohnehin einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um ihren Lebensunterhalt überhaupt finanzieren zu können, führt ein unbezahltes Pflichtpraktikum zu einer unzumutbaren Doppelbelastung. Der Landesvorstand der GEW BERLIN unterstützt deshalb die Forderungen der »Initiative Prekäres Praktikum« nach bezahlten Pflichtpraktikumsplätzen. Informationen: http://prekaerespraktikum.com.

KEINE LEISTUNG DER UNFALLKASSE BEI LEICHTSINN

Ein Schüler, der während einer Klassenfahrt zum Rauchen aus einem Fenster klettert und dabei vom Dach stürzt, kann keine Leistungen aus der gesetzlichen Schüler-Unfallversicherung beanspruchen. Der Fall: Im Rahmen einer Studienfahrt stürzte der seinerzeit 17-jährige Schüler gegen Mitternacht von einem Dach, auf das er zum Rauchen über das Fenster des Badezimmers gelangt war. Der Schüler erlitt bei dem Sturz eine schwere Kopfverletzung sowie eine Verletzung der Wirbelsäule mit der Folge einer Querschnittslähmung. Die Schüler-Unfallversicherung lehnte eine Leistungsübernahme ab. Mit seiner Klage hatte der Schüler keinen Erfolg. Das Sozialgericht: Beim Trinken und Rauchen handelt es sich grundsätzlich um eigenwirtschaftliche Tätigkeiten, die nicht versichert sind. Man könnte den Alkoholkonsum noch als gruppentypische Verhaltensweise auf einer Klassenfahrt ansehen. Das kann aber nicht für den Entschluss des Schülers gelten, gegen Mitternacht aus dem Badezimmerfenster zu klettern und auf dem Dach zu rauchen. Daher hat sich der Schüler die Unfallfolgen selbst zuzuschreiben. *(Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 29. April 2014 – S 1 U 5024/13)*

VERLASSEN EINER ELITESCHULE DES SPORTS

Laut Senatsbildungsverwaltung mussten in den letzten drei Schuljahren in der Sekundarstufe I insgesamt 213 SchülerInnen oder 6,4 Prozent wegen »fehlender leistungssportlicher Perspektive« an eine andere Schule wechseln. Laut Einschätzung der Senatsverwaltung sei dies keine besorgniserregende Größenordnung. Nach Auslaufen der Eliteschulen als Schulversuch ist gegenwärtig allerdings keine Beendigung des Besuchs der Eliteschule möglich, wie das Verwaltungsgericht festgestellt hat. Die Bildungsverwaltung will dies mit einer neuen Verordnung noch in diesem Schuljahr verbindlich regeln.

17.000 TeilnehmerInnen legten bei der Streikaktion am 11. März 2015 die Innenstadt lahm. FOTO: C.V. POLENTZ/TRANSIT

Wir wollen mehr!

Angestellte an Kitas, Schulen und Hochschulen streiken für eine bessere Bezahlung und gegen Kürzungen ihrer Betriebsrente

von Tom Erdmann

Es soll ja Menschen geben, die der GEW immer noch unterstellen, sie sei eine BeamtInnengewerkschaft. Die GEW hat allerdings an den drei Streiktagen im März 2015 allein in Berlin über zehntausend Angestellte mobilisiert! Bei 11.000 ErzieherInnen in den Eigenbetrieben und Schulen sowie ähnlich vielen angestellten Lehrkräften kann man also nicht mehr davon reden, dass BeamtInnen in unserer Gewerkschaft tonangebend sind. Sie alle trugen die Forderungen nach 5,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 175 Euro auf die Straße.

Streikauftakt am 3. März

»Wir dürfen nicht für bessere Ausstattungen streiken, sondern nur für tarifliche Forderungen wie mehr Geld. Aber wir setzen uns als GEW auch dafür ein, dass es Verbesserungen in anderen Bereichen gibt«, erklärte Manuel Honisch, Sonderpädagoge an der Möwenseegrundschule, gegenüber der rbb-Abendschau die GEW-Positionen. Am ersten Streiktag in der Tarifauseinandersetzung um höhere Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben sich mehr als 2.200 ErzieherInnen und Lehrkräfte beteiligt. An diesem Streikauftakt am 3. März waren die Beschäftigten aus dem Bereich Berufsbildung, Grundschule und ErzieherInnenberufe aufgerufen. Unsere Schwestergewerkschaft ver.di hatte außerdem noch die SchulhausmeisterInnen und SchulsekretärInnen sowie die bei ihr organisierten ErzieherInnen mobilisiert. Für viele VertreterInnen der Hauptstadtpresse waren die drei Tage aber leider vor allem ein Streik der Lehrkräfte – obwohl die Hälfte derer, die die Arbeit niederlegten, ErzieherInnen waren. Die Streikenden führten vor ihren Schulen dezentrale Aktionen durch. Im Wedding trafen sich die Lehrkräfte und ErzieherInnen vor der Möwensee-Grundschule und warben bei Eltern um Verständnis. In Reinickendorf organisierten die KollegInnen der Ernst-Litfaß-Schule ein Streikcafé. Und im Nachbarschaftshaus neben der Aziz-Nesin-Grundschule trafen sich die Streikenden aus Kreuzberg und Neukölln. Am Vormittag versammelten sich dann alle auf dem Dorothea-Schlegel-Platz am Bahnhof Friedrichstraße vor der Geschäftsstelle der Arbeitgebervereinigung Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

»Die Wirtschaft schreibt Rekordgewinne, die Steuereinnahmen steigen, die öffentliche Hand schreibt schwarze Zahlen und für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist kein Geld da?«, skandalisierte Doreen Siebernik, Vorsitzende der GEW BERLIN, das Verhalten der TdL. Denn statt ein Gegenangebot vorzulegen, wollen die Arbeitgeber die Gewerkschaften erst dazu zwingen, Einschnitte in die Betriebsrente VBL zu akzeptieren. »Das werden wir nicht zulassen.«, so Siebernik weiter. Zeitgleich verhandelte die TdL mit der GEW über eine Eingruppierungsregelung, die Verbesserungen für alle enthält. Die Berliner Lehrkräfte sind im Jahr 2013 an 17 Tagen dafür auf die Straße gegangen. Udo Mertens, im Vorstand der GEW BERLIN für Tarifpolitik verantwortlich, wandte sich in seinem Statement sowohl an die TdL als auch an den GEW-Hauptvorstand: »Seit dem Jahr 2006 wird die

GEW auf Bundesebene beim Thema Eingruppierung hingehalten. Dass es jetzt Verhandlungen zwischen der TdL und der GEW gibt, ist den Streiks der Berliner Lehrkräfte zu verdanken. Es ist selbstverständlich, dass die Berliner Lehrkräfte dafür auch die Ernte einfahren wollen. Wir fordern eine Entgeltordnung, die Verbesserungen für alle enthält. Dabei darf es keine Verschlechterungen für die Berliner KollegInnen geben.«

Streikaktion am 11. März

Am Ende der Streikkundgebung verkündete Siebernik den gemeinsamen Aufruf der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW, GdP und IG BAU zur nächsten Streikaktion am 11. März 2015, zu der der alle vom Tarifvertrag betroffenen Berliner Beschäftigten aufgerufen wurden. An jenem Mittwoch war der gesamte öffentliche Dienst in Berlin von unserem Streik betroffen. Falschparkende konnten hoffen, ohne Knöllchen davonzukommen, Familien mussten umdisponieren, um ihre Kinder irgendwo unterzubringen und viele SchülerInnen konnten sich über erheblichen Unterrichtsaufall freuen. Diesmal gingen gut 9.000 GEW-Mitglieder auf die Straße, denn auch die Kita-Eigenbetriebe, weiterführende Schulen und die Beschäftigten der Hochschulen waren aufgerufen. Insgesamt folgten 17.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes dem Streikaufruf der vier Gewerkschaften. Damit beteiligte sich ein Viertel mehr als beim Höhepunkt der Arbeitskampfmaßnahmen bei der Tarifauseinandersetzung 2013. Auch dieser Streik endete wie schon 2013 auf dem Alexanderplatz. Udo Mertens verkündete bei diesem GEW-Wandertag dann gleich einen dritten Streiktag: Die Beschäftigten von fünf ausgewählten Berliner Schulen wurden zum Auftakt der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde ab 16. März nach Potsdam aufgerufen. Ob die Ergebnisse dieser Verhandlungen einen weiteren groß angelegten Warnstreik am 26. März nötig gemacht haben, war bei Druck dieser Ausgabe noch nicht bekannt.

Tom Erdmann, Pressesprecher der GEW BERLIN

DIE MEDIEN IGNORIEREN DIE ERZIEHERINNEN

»Lehrer gehen in Berlin auf die Straße«, titelte die *Morgenpost* am 3. März 2015. Der *Tagesspiegel* titelte immerhin »Lehrer und Erzieher im Tarifkonflikt«. Die Zwischenüberschrift »Lehrer-Streik trifft 550 Schulen in Berlin« frustrierte allerdings wieder viele ErzieherInnen. Auch »Warnstreik der Berliner Lehrer« (*Berliner Zeitung*, 3. März) richtete den Fokus auf den Unterricht. Selbst die *taz* erwähnte die ErzieherInnen kaum. Zu Unrecht! Von den aufgerufenen bei der GEW organisierten ErzieherInnen streikten etwa 55 Prozent. Von den 2.600 organisierten Lehrkräften streikten 54 Prozent. Die Streikbereitschaft ist also gleich hoch. Umso wichtiger war es mir im ARD-Morgenmagazin am 11. März zu betonen, welche Bedeutung die Betriebsrente für die ErzieherInnen hat. Bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.700 Euro und einem künftigen Niveau der Rente von 43 Prozent droht Altersarmut. Diese Lücke soll durch die Betriebsrente zumindest teilweise geschlossen werden. Doch die wollen die Arbeitgeber absenken. Dieselben Arbeitgeber übrigens, die die gesetzliche Rente soweit beschnitten haben, dass bereits jemand unterhalb eines Bruttoverdienstes von 2.500 Euro – dem Gehalt einer Erzieherin im dritten Berufsjahr – auf staatliche Grundsicherung angewiesen ist. *Tom Erdmann*

Heraus zum 1. Mai

DGB-Motto: »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir«

von Jörg Tetzner

Das diesjährige DGB-Motto der Demonstrationen am 1. Mai »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!« versteht sich als Imperativ. Die Gewerkschaften vertreten Menschen, welche die Arbeit verrichten. Nur diese arbeitenden Menschen können in Zeiten der globalen Krise und von »Freihandelsabkommen« wie TTIP die gesellschaftliche Produktion auch in Richtung gesellschaftlichen Nutzens führen. Das ist notwendig, da die NutznießerInnen der Arbeit zunächst auf ihren Partikularnutzen schauen und folglich Anstrengung und Ertrag immer noch voneinander getrennt sind. Hier entsteht der Auftrag für die Gewerkschaften zu verhindern, dass die sozial schwächer Gestellten gegeneinander ausgespielt werden.

Der diesjährige 1. Mai ist ein Jubiläum. Aufgrund des Jubiläumscharakters kommen viele prominente GewerkschafterInnen nach Berlin. So auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der schon im Vorfeld auf die zu erwartenden Umbauprozesse in der Arbeitswelt hinwies.

Die GEW Berlin wehrt sich gegen Arbeitszeitverlängerungen und höheren Arbeitsdruck durch neue Vorhaben. Sie steht für eine humane Bildung, die allen eine faire Chance auf Bildungsteilhabe gewährt. Das gilt insbesondere für Kinder von Flüchtlingen, sozial Schwachen und MigrantInnen. Sie steht für eine Schule, in der Menschen arbeiten können, ohne davon krank zu werden. Sie steht für Bildungseinrichtungen, in denen wir die pädagogische Sinnhaftigkeit unserer Arbeit erleben können.

Um die von Reiner Hoffmann benannten Umbauprozesse mitgestalten zu können, müssen die Gewerkschaften an Stärke gewinnen. Das geplante Gesetz zur Tarifeinheit hilft nach Meinung der GEW dabei nicht. Das DGB-Prinzip »Ein Betrieb, ein Tarifvertrag« ist sicher anzustreben, aber nicht als Gesetz, das am Ende die Streikfähigkeit einschränkt. Bei den anstehenden Tarifauseinandersetzungen behalten wir im Hinterkopf, dass jeder Streik irgendwann illegal war, der 1. Mai als Kampftag je nach Zeit und Ort ebenso.

Unterstützt uns! Kommt zur gemeinsamen Demonstration des DGB am 1. Mai 2015 um 10 Uhr zum Hackeschen Markt Richtung Spandauer Straße.

Jörg Tetzner, Leitung Vorstandsbereich Schule

Griechenland nach der Wahl

Die Abkehr von der Kürzungsorgie ist nicht nur für viele GriechInnen überlebensnotwendig, sondern sie ist wichtig für die Zukunft aller EuropäerInnen

von Ulrich Thöne

Der Aufruf »europa-neu-begruenden«, den die Mitglieder des DGB Bundesvorstandes als ErstunterzeichnerInnen unterschrieben haben, fordert ein Ende der gescheiterten Austeritätspolitik. Hier handeln Wahnsinnige, um mit der Definition von Albert Einstein zu sprechen, denn es soll immer wieder das Gleiche getan werden, obwohl das längst gescheitert ist, angeblich werden jetzt bessere Ergebnisse erhofft. Statt weiterer Kürzungsdiktate fordern die GewerkschafterInnen eine europäische Investitions- und Beschäftigungsinitiative in Form einer »demokratische(n) Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit«.

Informations- und Solidaritätsabend

Die Mitglieder der AG Bildungsfinanzierung in Berlin wollen diesen Appell »für einen politischen Kurswechsel in Europa« aufnehmen und weitertragen. Wir haben deshalb einen Informations- und Solidaritätsabend vorbereitet. Im Mittelpunkt soll die Vorführung des Films »Wer rettet wen« stehen, in dem die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit dokumentarisch beleuchtet wird. Im Anschluss wollen wir mit der Regisseurin Leslie Franke und dem Autor des Films, Herdolor Lorenz, über das Gesehene diskutieren. Dabei haben wir die Hoffnung, dass sich aus dieser Diskussion eine Form für eine dauerhaftere, organisierte Form der Solidaritätsarbeit für einen Politikwechsel in Europa ergibt.

Viele GriechInnen haben mit ihrer Stimme zur Neuwahl des griechischen Parlaments Europa politisch ziemlich verändert. Es gibt jetzt eine Regierung, die erklärt, alles zu tun, um das von der Troika verhängte brutale Kürzungs- und

Der Film »Wer rettet wen?« wird am 15. April 2015 um 18 Uhr gezeigt. Danach gibt es eine Diskussion. Zum Film erscheint im Mai 2015 auch dieses Buch mit Analysen, Interviews und Alternativen.

Privatisierungsprogramm zu Fall zu bringen. Endlich traut sich das jemand. Die Abkehr von der Kürzungsorgie im Interesse der Reichen und Mächtigen ist nicht nur für viele GriechInnen buchstäblich überlebensnotwendig. Sie ist auch eine zentraler Punkt für die Zukunft aller EuropäerInnen.

Sicher, es sind 240 Milliarden Hilfsgelder an Griechenland geflossen – bezahlt aus den Kassen der europäischen SteuerzahlerInnen, also auch unserer. Mit diesen Zahlungen werden dann bei uns weitere Streichungen öffentlicher Leistungen begründet. Klar, dass da die Angst umgeht, noch heftigere Kürzungen hinnehmen zu müssen, wenn sich Griechenland erfolgreich gegen die Troika wehren könnte. Aber wie beim Hütchenspiel werden wir betrogen und können die List nicht gleich erkennen.

Das sollten alle wissen

Zum Ersten sind die »Hilfen« für Griechenland bei den wirklich Hilfsbedürftigen gar nicht angekommen. Der Löwenanteil dieses Geldes wurde an europäische, allen voran an französische und deutsche private Banken, Versicherungen und Investmenthäuser gezahlt, weil sie 2009 in der spekulativen Annahme auf hohe Gewinne fast alle Anleihen des griechischen Staates besessen haben. Bekanntlich ist die Spekulationsblase geplatzt, aber zahlen wollen die SpekulantInnen dafür nicht. Warum auch, wenn die »europäische SteuerzahlerIn« einspringt?

Zum Zweiten werden wir über Alternativen bewusst nicht aufgeklärt und schon gar nicht für deren Durchsetzung mobilisiert. Martin Schulz, der europäische Parlamentspräsident, nennt den Betrag von einer Billion Euro, also 1.000 Milliarden, als geschätzte Summe für Steuerbetrug und Steuerhinterziehung im Euro-Raum. Wann hat es jemals eine entschlossene und nennenswerte Initiative gegeben, dieses mit hoher krimineller Energie vorenthaltene Geld einzutreiben? Stattdessen bringt die SPD nicht einmal mehr den Mut zu der Forderung auf, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu verlangen.

Und zum Dritten beschreibt der Aufruf: »Ein Drittel der griechischen Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22 Prozent gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27 Prozent, unter Jugendlichen sogar bei über 50 Prozent. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zur ärztlichen Versorgung.« ■

Ulrich Thöne, für die AG Bildungsfinanzierung der GEW BERLIN

FOTO OBEN: VSA-VERLAG, LINKS: ARCHIV

KINO-VORSTELLUNGEN FÜR KINDERGRUPPEN UND SCHULKLASSEN SIND MÖGLICH. WENDEN SIE SICH GERNE AN IHR WUNSCHKINO VOR ORT.

Welchen Lehrertyp im Inklusionsprozess kennen Sie?

*von Lisa Reimann **

Der eine Lehrer ist von inklusiver Bildung begeistert, die andere Lehrerin genervt. Während sich manche Kollegen für Inklusion engagieren, wollen andere, das alles bleibt wie es ist. Beim Thema »inklusive Bildung« zeigt sich die Einstellung der Lehrerschaft zur großen bildungspolitischen Debatte. Eine Typologie.

Der Hardliner: Als 30 jahrelanges Mitglied im Deutschen Philologenverband kann er sich nicht vorstellen, dass ein Schüler mit Behinderung in seiner Klasse sitzt. Wozu gibt es denn Förderschulen? Inklusion ist für ihn sowieso nur Sozialromantik. Wer seinem leistungsorientierten Unterricht nicht folgen kann, muss eben dahingehen, wo er unter »Seinesgleichen« ist. Als Gymnasiallehrer für Latein und Geschichte wäre eine Abkehr vom langwidrigen Frontalunterricht ein Verrat an … ja an was eigentlich? Nicht »was nicht passt, wird passend gemacht« ist sein Motto, sondern »was nicht passt, muss die Schule wechseln«.

Das Urgestein: Gemeinsamen Unterricht praktizierte sie bereits als das Wort Inklusion noch völlig unbekannt war. Sie kämpfte gemeinsam mit Eltern gegen Schulbehörden für den ersten Schulversuch »Integration« der Stadt und war sich von Anfang an sicher, dass das der bessere Weg ist. Von manchen Kollegen belächelt und von manchen Schulrat gemieden, engagierte sie sich auch für die Integration von Schülern mit so genannter »schwerer Mehrfachbehinderung«. Die Bedingungen waren damals alles andere als einfach, aber Inklusion beginnt bekanntlich im Kopf. »Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg«. In aktuellen Inklusionsdebatten spielt sie gerne den alten Hasen »Ach, das haben wir schon in den 80ern so gemacht…«.

Der Systemgegner: Noten, Schulbeginn um 8 und das starre Auswendiglernen – dieser Lehrertyp kritisiert das System, wann immer er kann. Der Deutschunterricht für die Mittelstufe findet im Café und die Philosophiestunde mit Kissen am Boden statt. Ein Schüler mit Behinderung? Bitteschön, ein weiteres Kissen ist im Schrank. Der Systemgegner freut sich über jede neue Schülerin und jeden neuen Schüler – ob behindert oder nicht – völlig egal. Ein gegliedertes Schulwesen ist für ihn der Keim für Ungerechtigkeit. Deshalb sind bei ihm alle willkommen. Freude und Eigenverantwortung stehen bei ihm an erster Stelle, dafür hinkt er dem Lehrplan auch gerne hinterher.

Die Begeisterte: Von Inklusion hat sie erst spät erfahren, fand die Idee aber gleich spitze. Innerhalb kürzester Zeit las sie sich in Methoden inklusiver Pädagogik und Didaktik ein, besuchte Fortbildungen und Fachtagungen und warb bei Kollegen für die Inklusionsidee. Wann immer ein Kollege meinte, der Unterricht mit Schüler X mit Behinderung funktioniere nicht, zählte sie zehn Methoden und pädagogische Interventionen auf, wie es doch funktionieren könne. Nach Schulschluss bastelt sie Rechenketten oder näht Sitzkissen. Weder angespuckt zu werden, noch die Kritik der Kollegen, noch die fehlenden Ressourcen halten sie von ihrem Vorhaben ab, Inklusion umzusetzen.

Der Traditionelle: Dieser Sonderpädagoge hat Sonderpädagogik studiert, weil er gerne mit »besonderen Kindern« in Sonderschulen arbeitet. Er ist Mitglied im Verband Sonderpädagogik und mag ganz besonders Sondersysteme für »Ausgesonderte«. Hätte er etwas anderes gewollt, hätte er etwas anderes stu-

FOTO: DD ROCKSTAR/FOTOLIA

diert. Inklusion geht für ihn zu Lasten der Sonderschüler, denn er kann sich (trotz der Studien) nicht vorstellen wie seine Schützlinge an Nicht-Sonderschulen zurecht kommen können. Er ist fest davon überzeugt: Kinder mit Behinderungen brauchen die Sonderschule als Schutzraum. Hier werden sie geschont. Das muss richtig sein, denn das war schon immer so.

Der Bequeme: Dieser Lehrer ist vor allem wegen der Schulferien und den Arbeitszeiten Lehrer geworden. Er unterrichtet die Fächer Sport und Musik und hat die Nachmittage am Liebsten frei. Der Inklusion stand er zuerst skeptisch gegenüber, da er Mehrarbeit befürchtete. Als dann die Sonderpädagogin mit in die Klasse kam und einen Teil des Unterrichts übernahm, war er zufrieden. Er schaute sich ein paar Methoden ab und sparte sich so die Fortbildung. Während der Gruppenarbeit und während »Lernen an Stationen« konnte er sogar einen Blick in die Zeitung werfen, während Sonderpädagoge und/oder Integrationshelfer die Kinder unterstützten. Dafür nimmt er die ein oder andere Schulstunde ohne zusätzliche Lehrkraft gerne in Kauf.

Der Zwangsneurotiker: Nur klare Strukturen geben diesem Lehrertyp Halt und Sicherheit. Weiße Socken liegen in der weißen Sockenkiste, grüngestreifte Unterhosen in der dafür vorgesehenen Kiste für grüngestreifte Unterhosen und schwarze Kugelschreiber in dem Stiftehalter für schwarze Kugelschreiber. Kleinste Abweichungen lassen diesen Lehrertyp panisch werden. Etwas schlimmeres als Inklusion kann diesem Lehrer gar nicht widerfahren. Denn bisher besuchten Förderkinder Förderschulen, Professorenkinder Gymnasien und Ayşes und Mandys Sekundarschulen. Mit der Zwangsversetzung an eine Gesamtschule ist er nur knapp einem Nervenzusammenbruch entkommen. Um in seiner jetzigen Inklusionsklasse nicht völlig durchzudrehen setzt er Kinder mit schwarzen Kapuzenpullis zu einer Arbeitsgruppe, Kinder mit Jeans zu einer weiten Arbeitsgruppe und Kinder mit weißen Socken zu noch einer Arbeitsgruppe zusammen. Der Vorteil: Die Lerngruppen sind bunt gemischt und bereichern sich gegenseitig.

Die Gewerkschaftlerin: Inklusion steht für sie nicht zur Diskussion, aber die Bedingungen müssen auch stimmen. Es fehlt an zusätzlichen sonderpädagogischem Personal, an geeigneten Räumlichkeiten und an Integrationshelfern. Dafür muss gekämpft werden. Am besten gemeinsam. Sie wirbt bei Kollegen für die Mitgliedschaft der Lehrergewerkschaft und legt sich in politischen Gremien und Runden Tischen mit Schulräten und Politkern an. Ein Tinnitus und zwei Hörstütze halten sie nicht auf, sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Inklusion einzusetzen. Die goldene Ehrennadel der Gewerkschaft trägt sie sogar am Wochenende.

Der Besorgte: Dieser ängstliche Lehrertyp lässt sich eher von Ängsten leiten als von empirischen Befunden. »Ja, werden dann nicht Massen von Förderschülern an unsere Schule kommen?«, »Werden die nichtbehinderten Kinder nicht benachteiligt?« und »Kostet das nicht alles viel zu viel?« sind permanente Fragen, die er sich stellt. Damit die Ängste nicht kleiner werden, vermeidet er auch den Besuch von Informationsveranstaltungen oder das Lesen von Fachbeiträgen. Von der UN-Behindertenrechtskonvention hat er noch nichts gehört. Es gelingt ihm jedes Schuljahr, sich vor dem Unterricht in Inklusionsklassen zu drücken. Auch privat kennt er niemanden mit Behinderung. Nachts im Bett fürchtet er sich vor der Zukunft. »Wie soll das alles nur werden?«

Der Ehrgeizige: Diese Lehrer versucht alles aus seinen Schülern rauszuholen. Materialien und Methoden sind immer nach den neusten Erkenntnissen vorhanden, zur Not finanziert er sie auch selbst. Besonders die Technik hat es ihm angetan. Lernen am PC, Tablets oder Power-Point-Präsentationen sind gern gesehen. Inklusion ist nur eine von vielen Herausforderungen, die er sich gern stellt. »Wow, was kann der Talker noch?« oder »Den E-Rollstuhl könnten wir doch mit dem Smartphone verbinden« machen den inklusiven Unterricht zu einem echten Gewinn. Auch pädagogisch gibt es für ihn immer eine Lösung.

** Wir bedanken uns für die Nachdruckgenehmigung. Lisa Reimann ist Verbreiterin von vorurteilssensiblen Ansätzen für die inklusive Praxis, ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende BDP Integrationsprojekt e.V., hat einen Master in Pädagogik und betreibt das Internetportal http://inklusionsfakten.de, wo wir auch diese Glosse gefunden haben. Aus Gründen der künstlerischen Freiheit gendern wir diesen Text ausnahmsweise nicht.*

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 29

Szene aus dem Theaterstück »Leben: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst« von und über geflüchtete Jugendliche. FOTO: RALF SCHIWECK

Bitte halten Sie auch Taschentücher bereit

Geflüchtete Jugendliche an der Carl-Zeiss-Oberschule erzählen ihre Geschichte über den syrischen Bürgerkrieg in einem Theaterstück

von Caroline Muñoz del Rio

Sie lächeln nicht, nein, sie strahlen. Aufgeregt wuseln sie zwischen den ankommenden ZuschauerInnen hin und her. Ihre freudige Nervosität überträgt sich. Ich bin gespannt, was ich gleich sehen werde. Niemand käme auf die Idee, dass diese glücklichen Jugendlichen erst vor wenigen Monaten vor Krieg, Gewalt und Folter geflohen sind.

Heute zeigen syrische SchülerInnen der Sprachlernklasse der Carl-Zeiss-Oberschule ihre Geschichte in einem selbstgeschriebenen Theaterstück. Der Schulleiter Stephan Zapfe begrüßt die rund 200 ZuschauerInnen und benennt in seiner Rede die zwei Ziele des Theaterstücks: Zum einen ein deutliches Zeichen für Frieden, Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu setzen. Zum anderen geht es konkret um die Erlebnisse von Bushra, Farah, Marah, Lana, Maran, Khaled, Feras, Majd, Oday, Youssef und Marijan. Die fünf Mädchen und sechs Jungen haben Schreckliches erlebt. Dieses Stück soll ihnen dabei helfen, das Erlebte zu verstehen und zu überwinden. In diesem Sinne war der Weg, die Entwicklung des Stückes, das Ziel. Es hat Heilungsprozesse unterstützt. Die SchülerInnen konnten neue Kräfte gewinnen, sich freispielen. Die stellvertretende Schulleiterin Monika Braun ist die Lehrerin der Klasse, sie hat das Stück mit den syrischen SchülerInnen einstudiert und bringt ihnen Deutsch bei. Abgesehen von der wichtigen Auseinandersetzung mit ihrem Schicksal war die anstehende Aufführung eine große Motivation für die Jugendlichen beim Deutsch lernen.

SchülerInnen aus verschiedenen Kursen des Fachbereichs Darstellendes Spiel kümmern sich um Licht- und Tontechnik. Bevor das Stück beginnt, tragen sie Erlebnisse der syrischen Jugendlichen während des Krieges und der Flucht vor. Die blz hatte diese Texte in ihrer Februar-Ausgabe »Geflüchtete Kinder« abgedruckt. Die Lesung endet mit den Worten: »Ganz viel Applaus würde uns sehr glücklich machen. Bitte halten Sie auch Taschentücher bereit.«

Endlich geht es richtig los. Das Stück zeigt zwei befreundete Familien, eine Generalsfamilie und eine, die in ärmeren Verhältnissen lebt. Zu Beginn feiern sie noch fröhlich gemeinsam das Zuckerfest, doch die verschiedenen Meinungen über den Präsidenten entzweien die Fa-

Caroline Muñoz del Rio von der blz (links) mit Schauspielerinnen des Theaterstücks

milien. Klagen über Armut erscheinen der reicheren Familie als Kritik an der Politik. Die Lage spitzt sich zu.

Eine Szene wird plötzlich ernst. Der junge Student, der sich kritisch über das Regime äußerte, wird verhaftet, in das Foltergefängnis in Adra gebracht, an einen Kleiderständer festgebunden, vom General verprügelt, angeschossen und kommt dann »in den Mülleimer«.

Während der Umbaupausen tragen die SchülerInnen der DS-Kurse Gedichte über den syrischen Bürgerkrieg vor. Monika Braun erzählte, dass es den syrischen Jugendlichen viel Freude bereitet habe, sich mit diesen Gedichten im Unterricht auf Deutsch und Arabisch zu beschäftigen. Vielleicht wäre es an dieser Stelle sinnvoll gewesen, zumindest einen Teil der Gedichte auch auf Arabisch vorlesen zu lassen.

Nach einer Pause öffnet sich der Vorhang und die ZuschauerInnen bekommen ein Schlachtfeld präsentiert. Der Bürgerkrieg ist ausgebrochen, hat alles und jeden zerstört. Langsam erheben sich die Verletzten, sich gegenseitig stützend, schleppen sie sich von der Bühne. Der General streckt sich unter Schmerzen und ruft laut: »Ich bin immer noch da – noch nicht getötet.« Wie die Jugendlichen, die das Stück spielen. Sie sind noch da. Und sie leben.

Dann geht es plötzlich schnell. Die Flucht wird angedeutet. Einer kleinen Gruppe Frauen wird vom Schlepper Geld entrissen. Koffer bleiben zurück. Der Vorhang fällt. Verschiedene Radiobeiträge über Katastrophen von Fliehenden rufen uns Bilder in den Kopf. Der Vorhang öffnet sich ein letztes Mal. Die Frauen erreichen die Grenze Deutschlands: »Wir kommen aus Syrien!« Mauern werden zur Seite geschoben. »Kommt, kommt, wir helfen euch!«, sagen die deutschen Grenzbeamten freundlich.

Fröhliche Musik spielt, in einer Reihe tanzend und klatschend schreiten sie nach vorne: Zuckerfest in Deutschland, ohne Angst und Granaten. Das Publikum jubelt und klatscht minutenlang. Wie eine Siegestrophäe halten zwei Schüler einen Blumenstrauß in die Höhe »Danke für Frau Braun!«.

»Das ist großartig und macht viel Hoffnung. Diese Jugendlichen können uns ein Vorbild sein. Ich hoffe, sie bleiben bei uns.«

Ich gehe nachdenklich nach diesem Abend nachhause, ich habe heute glückliche Kinder gesehen, damit hatte ich nicht gerechnet. Kinder, die keine passiven Opfer mehr sind, sondern aktiv ihr Leben mitgestalten können und wollen, so wie sie dieses Stück gestaltet haben. Das ist großartig und macht viel Hoffnung. Diese Jugendlichen können uns ein Vorbild sein. Ich hoffe, sie bleiben bei uns.

Dieses Theaterstück ist ein gutes Beispiel dafür, wie Schule bewusst und positiv mit der Integration von geflüchteten SchülerInnen umgehen kann. Es wäre schön, wenn das Inspiration auch für andere wäre. ■

Caroline Muñoz del Rio, leitende Redakteurin der blz

FOTO OBEN: RALF SCHIWECK, RECHTS: KAI HERSCHELMANN

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Stramme Waden, dralle Mieder

Tanzen ist viel mehr als das. Tanzunterricht kann SchülerInnen auf den verschiedensten Ebenen stärken und gehört in den Schulalltag

von Gabriele Frydrych

Dirndl, Holzschuhe, fliegende Röcke, dralle Mädels, stramme Männerwaden, ältere Herrschaften, nur betrunken zu ertragen, Faschismus – das fällt vielen spontan zum Begriff »Volkstanz« ein. Aber im Urlaub wehmütig zusehen, wenn griechische Männer vorm Sonnenuntergang Hassapikos tanzen, wenn auf einer türkischen Hochzeit alle ohne Ausnahme beim Halay Spaß haben. Oder auf Dorffesten in Frankreich, Schweden und Spanien erstaunt konstatieren, dass in anderen Ländern Volkstanz nicht ideologisch kontaminiert ist und Jung und Alt sichtlich Freude macht. Aber da ist es ja auch »Folklore«, kein spießiger »Volkstanz«. Der Begriff »Folklore« ruft eher solche Assoziationen hervor wie: Live-Musik, Fest, Gemeinschaft, Fröhlichkeit.

Freude und Spaß versprechen sich auch die AchtklässlerInnen, die ungeduldig vor der Aula warten. Sie wollen Unterricht – und zwar sofort! Ein »verhaltensorigineller« Schüler sagt zur Lehrerin, die den Ghettobluster anschleppt: »Wann tanzen wir endlich? Dafür bin ich extra in die Schule gekommen!« Von so einer positiven Erwartungshaltung berichten viele KollegInnen, die seit Jahren »Tänze aus vielen Ländern« unterrichten – in Musik oder Sport, im Wahlpflichtunterricht oder im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft. Und das in einer bemerkenswerten Vielfalt: Tänze aus Israel, Rumänien, Russland, Schottland, Armenien, Ungarn, Serbien und und und. Tänze im Kreis, in Reihen, in Gassen und paarweise. Tänze zu Panflöten, Steel-Drums, Bouzoukis und Balalaikas. Square Dance, Line Dance, Rounds, Mixer, Debkas, Horas, Quadrillen. Es ist durchaus auch mühsam, Kinder zu Tänzen zu bewegen, mit denen sie sich von allein nicht befassen würden. Aber freiwillig würde auch kaum eine SchülerIn »Emilia Galotti« lesen oder »Die vier Jahreszeiten« hören…

Tanzunterricht lohnt sich

Am liebsten tanzen Kinder und Jugendliche zu »ihrer aktuellen Musik« und denken sich selber Choreographien dazu aus. Aber es ist verblüffend, wie stolz sie sind, wenn eine Square-Formation (zu Musik der 50er Jahre) das erste Mal klappt. Beim Square Dance müssen vier Paare gemeinsam »funktionieren« – eine Teamarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Etliche Tänze aus Griechenland, Armenien oder Israel werden mit der Zeit solche Ohrwürmer, dass sie jede Stunde gewünscht werden. Das gemeinsame Erleben bei einem Kreistanz lässt viele SchülerInnen, so kitschig es klingt, dermaßen strahlen, wie sie es beim Einzeltanz in Formationen nie tun. Allerdings muss man anfangs ein wenig darum kämpfen, damit die Kinder sich überhaupt anfassen. Etliche Lehrkräfte berichten, dass ihre Gruppen beim Tanzen wie ausgewechselt seien. Sie gehen nett und weniger aggressiv miteinander um und mahnen sich gegenseitig zur Ruhe, damit der Unterricht weitergeht. In tanzenden Klassen wird das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen mit der Zeit unverkrampfter und lockerer. Die Klassengemeinschaft verbessert sich deutlich. Im Musikunterricht lassen sich beim Tanzen musikalische Grundkenntnisse weitaus schneller und effektiver vermitteln als durch eine klassische Querflöten- oder Geigenausbildung der Lehrkraft. Mittlerweile gehört Tanzen in Berlin zur Ausbildung von MusiklehrerInnen.

TANZEN SEHEN

- Am *1. Mai 2015* werden im Britzer Garten jede Menge internationale Tänze vorgeführt. Ab 12.30 Uhr auf der Bühne am See.
- Die Großveranstaltung »Tanz in der Schule – Tänze aus aller Welt« findet in diesem Jahr am *23., 24. und 25. Juni* jeweils ab 16.30 Uhr in der Sporthalle Schöneberg statt.

Tanzen verbindet Menschen und stärkt Körper und Seele, aber nicht nur das

»Kein gesunder Mensch tanzt!«, hat angeblich Cicero gesagt. Heute würden ihm MedizinerInnen, TanzpädagogInnen und alle, die gern tanzen, energisch widersprechen. Tanz dient der Gesundheit, ist gut für Körper und Seele. Im Grunde ist jede Art der Bewegung nützlich. »Tanzen ist Leben«, erklärt Gunter Kreutz, Musikkognitionsforscher an der Uni Oldenburg. Tanz bringt die Generationen und Geschlechter zusammen. Tanz ist gut fürs Selbstbewusstsein, schult Koordination, Rhythmusgefühl und Schnelligkeit. Tanz entspannt, tut der Psyche gut und wirkt gegen Alltagsstress. Wer musiziert, singt und tanzt, verbessert die verbale Merkfähigkeit. Tanzen wird gern unterschätzt, dabei beansprucht es Motorik, Aufmerksamkeit, Langzeit- und Kurzzeitgedächtnis.

FOTOS: DIRK HAASE

Und natürlich ist es nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig, sondern auch für Erwachsene. Nicht ohne Grund erscheinen in Berliner Fortbildungskreisen regelmäßig auch Folklorefans, die gar keine Tanzgruppen (mehr) leiten und nicht mehr im Schuldienst sind, aber denen Tanzen in einer großen Gruppe einfach Freude macht. Tanz kann Therapie und Heilmittel bei etlichen Krankheiten sein. Beispielsweise wird das Demenzrisiko im Alter durch Tanzen um 75 Prozent reduziert.

In der Schule merkt man den Bewegungsmangel heutiger Kinder in Sport und beim Tanzen besonders deutlich. Manche können nicht rückwärts laufen oder klagen schon bei einer einzigen Drehung über Schwindelgefühle. Ein flotter israelischer Kreistanz – und sie sinken erschöpft auf die Bank. Vielen Kindern und Jugendlichen liegt gezieltes Üben nicht, sie geben sich schnell mit scheinbaren Erfolgen zufrieden. Beim Tanzen lernen sie auch Ausdauer und Beharrlichkeit.

Das gibt es nur in Berlin!

Ihren Höhepunkt findet die kontinuierliche Arbeit der »TanzmeisterInnen« bei den Musischen Wochen: »Tanz in der Schule – Tänze aus aller Welt.« In diesem Juni zum 41. Mal. In der Sporthalle Schöneberg tummeln sich an drei Nachmittagen rund 2000 Kinder und Jugendliche aus 70 Berliner Grund- und Oberschulen. »Gastgruppen« reisen aus Brandenburg, Bayern und Niedersachsen an. Hier findet Inklusion behinderter SchülerInnen ohne große Proklamationen statt. Dieses große Tanzfest ist bundesweit einmalig. Eigentlich schade, dass es dabei immer so friedlich zugeht – die Presse würde sicher häufiger mal vorbeischauen, wenn es ein paar Prügeleien und Verletzte gäbe. Aber 2000 Kinder, die gemeinsam Folklore tanzen? Nicht spektakulär genug, zu langweilig, wenn kein Stardirigent und keine Starchoreographin es initiiert haben, sondern nur einfache LehrerInnen. Und dabei geschieht hier gerade das, was BildungsexpertInnen und JournalistInnen ständig fordern: Teamarbeit, Toleranz, Integration, multikulturelle Annäherung. Alle können mitmachen, niemand wird wegen falscher Körpermaße oder ungeschickter Schritte aussortiert. Es geht nicht um Wettbewerb, Bühnenpräsentation und Spitzenleistung, sondern um das Miteinander verschiedenster Kinder und Jugendlicher.

Sogar der Bürgermeister tanzt mit

Um das große Engagement aller Beteiligten anzuerkennen, kommen immerhin seit Jahren zwei Bezirksbürgermeister in die Schöneberger Sporthalle und tanzen die Eröffnungspolonaise mit. Norbert Kopp, der Bürgermeister von Zehlendorf-Steglitz, hält Volkstanz nicht für »unbeliebt«, sondern eher für »unbekannt«. Die wenigsten würden dieses Gemeinschaftsgefühl kennen, das beim Tanzen in Gruppen entsteht. Er nennt »Tanz in der Schule – Tänze aus aller Welt« eine tolle Veranstaltung, die mehr Aufmerksamkeit verdiene.

Eine Kommission von 20 Lehrerinnen legt jedes Jahr 27 Tänze fest, die in der Sporthalle Schöneberg hintereinander abgespielt werden, einzelne sogar mit Live-Musik. Die 27 Tänze werden in verschiedenen Fortbildungskursen und Kompaktseminaren weitergegeben. Jede teilnehmende Gruppe muss mindestens zehn können.

KollegInnen anderer Fächer halten Tanzen manchmal für läppisch: In der Schule müsse man Tests schreiben und Vokabeln lernen, alles andere sei kein ordentlicher Unterricht. Was manchmal so einfach aussieht, erfordert Konzentration, Rhythmusgefühl und Übung. Das merken Eltern und KollegInnen dann selbst, wenn sie bei Schulfesten zu einfachen Mitmachtänzen aufgefordert werden und schnell überfordert wirken.

Vor einigen Jahren stöhnte die Presse begeistert: »Endlich ist Tanzen in der Schule angekommen!« Damit meinte sie allerdings nicht die Folklore-Begeisterten, die seit Jahrzehnten an Berliner Schulen tanzen (lassen), sondern ProfitänzerInnen, die kurzzeitige Modern-Dance-Projekte anbieten, die von den Eltern bezahlt werden müssen. Ohne andere Tanzarten abwerten zu wollen: Kann man nicht erst dann improvisieren, wenn man solide Grundkenntnisse hat? Entwickeln sich beim Modern Dance dieselben Gruppenerlebnisse, Dinge wie Toleranz und Gemeinschaftsgefühl, wenn jeder für sich allein tanzt? Schade, dass spektakuläre und kurzfristige Projekte oft mehr gefördert und anerkannt werden als die kontinuierliche alltägliche Kleinarbeit in den Schulen. Wie so oft, wird auch beim Tanz die Divergenz zwischen Spitzensport und Breitensport deutlich. Die öffentlichkeitswirksamen Projekte täuschen auch galant darüber hinweg, wie radikal kreative Schulfächer gekürzt worden sind.

Bewegung ist wichtig. Tanz ist eine Form von Bewegung, die vielfältigste positive Auswirkungen hat. Gerade der gebundene Tanz mit seinen festen Formen ist für die Schule besonders geeignet. Er muss im Schulalltag und in den Lehrplänen verankert werden. Förderung verdient auch und vor allem die alltägliche kontinuierliche Arbeit, nicht nur das spektakuläre Show-Vorhaben einzelner (sicher sehr verdienter) KünstlerInnen, die in punktuellen Projekten zeitgenössischen Tanz anbieten. Das ist ungefähr so, als würde man den Literaturunterricht streichen und ab und zu eine SchriftstellerIn in die Klassen holen, die etwas vorliest oder ein bisschen kreatives Schreiben anbietet.

Tipps und Informationen

- *Beim LISUM gibt es unter »regionale Fortbildungen« nur noch Einzeltermine, bei denen Tanz vermittelt wird. Kurse, die seit vielen Jahren wöchentlich stattfinden, sind nun bei der Landesarbeitsgemeinschaft Tanz Berlin (LAG Tanz) verzeichnet: www.lag-tanz-berlin.de Stichwort TidSch = Tanz in der Schule. Nähere Informationen, auch über Tanzfahrten: Birgit Rößner, Tel. 030 744 39 64, birgit.roessner@web.de*
- *Tanzseminare bietet auch der Arbeitskreis für Schulmusik an: www.afs-musik-berlin.de*
- *Wer sich für Tänze aus vielen Ländern interessiert: Vorsitzende der LAG Tanz Berlin, Dr. Ingrid Krause, Tel. 815 86 42, eveline.krause@lag-tanz-berlin.de*

Gabriele Frydych, Lehrerin im Ruhestand

FOTO: PRIVAT

Eine Szene aus dem Stück »Mais in Deutschland und in anderen Galaxien«, die Geschichte einer »gemischten« Familie in der DDR. Ähnlich wie der Titel ist auch das Stück ziemlich geheimnisvoll, findet Wolfgang Nickel.

FOTO: JULE SIEVERT

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Der Besuch der alten Dame« im **Kreativhaus**; in vielen kurzen Szenen zeigen die »Theatermacher« den Kampf zwischen menschlicher Gemeinschaft und Geld; viele kurze Szenen, auf die letale Krise zusteuernd – wobei letztlich das »Geld« gewinnt. Allerdings nicht ganz: Denn die »Theatermacher« haben geschickt die junge Generation als Kontrast verstärkt: die Tochter des Opfers, das Punkmädchen, Gruftimädchen, das schon einen kurzen Prolog spricht, meldet sich am Schluss noch einmal mit einer aus Ehrlichkeit resultierenden, eigentümlichen Positiv-Power (ab 16).

»Mais in Deutschland und in anderen Galaxien« im **Ballhaus Naunynstraße**: Ein geheimnisvoller Titel für ein geheimnisvolles, nicht ganz zu entzifferndes Stück. Es ist eingebunden in ein Projekt zur deutschen Kolonialgeschichte, greift ein spezielles Kapitel heraus: DDR und AngolanerInnen. Im Kern die Geschichte einer »gemischten« Familie mit einer exzentrischen Mutter, die vor allem den Protest liebt, den Ausbruch aus der Enge; sie findet kein Verhältnis zu ihrem Sohn, möchte ihn am liebsten nach Angola bringen. Ganz klar sind die Familienverhältnisse nicht – zumal, wenn ich richtig gesehen habe, einzelne Figuren von mehreren DarstellerInnen gespielt werden. Das ist zwar spannend anzuschauen, aber letztlich nicht zu verstehen (manchmal auch akustisch nicht). Nur die Großelten-Generation ist noch ganz verständlich, vernünftig; schon die Eltern haben Schwierigkeiten, ihren Platz – auch in der deutschen Geschichte von DDR und Wiedervereinigung – zu finden. Insofern eine »typische« Geschichte (ab 16).

»Gelackt und gemeiert« bei den **Hanswurst-Nachfahren** beginnt harmlos-idyllisch mit der Vorbereitung eines Hoffestes und der Planung durch die MieterInnen. Die Problematik von Sanierung und Gentrifizierung wird über Kreuzworträtselbegriffe geschickt eingeführt, ehe die Modernisierung über die Köpfe der MieterInnen hinweg einsetzt und ein totales Chaos produziert. Deutlich in diesem Stück, einem eigentlichen Volkstheater über Stadterneuerung und Zukunftsperspektiven, die zwei Ebenen: die betroffenen »kleinen« Leute als Ganzkörperfiguren, von verdeckten SpielerInnen geführt; die VermarkterInnen und RenovierInnen schick und smart im Anzug und mit Hochglanzfotos; ein wunderbarer Kontrast zwischen den groben Alltagsmasken und den schicken Nadelstreifen der Sanierungsfirma und ihrer Verkaufsofferte. Dazu die BauarbeiterInnen, die langsam und stur ihren »Job« nach Vorschrift machen, und eine Spielfläche voller Überraschungen: Aus einem idyllischen Hof mit Vogelgezwitscher wird eine chaotische Baustelle voller ausrangierter Teile, zu denen am Ende auch die Spielfiguren geworfen werden – ein brutales, aber schlüssigen Schlussbild. Und, über das Theater hinaus: ein makabrer Eingriff der ‚Wirklichkeit« in die »Kunst«: Hanswurst-Nachfahren selbst müssen ihr Theater räumen, weil »saniert« wird – und weil es zwar Natur-, aber keinen Kulturschutz gibt (ab 16).

Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Mai-Meeting der GEW

Das MaiMeeting vom 14. bis 17. Mai 2015 ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für ihre Mitglieder und ganz besonders für ihre FunktionärInnen. Dieser Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben den Workshops bieten wir kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen an. Das MaiMeeeting findet im ver.di Bildungszentrum Haus Brannenburg statt. Die sehr schöne Bildungsstätte liegt am Fuße des Wendelsteinmassivs inmitten der Natur der oberbayerischen Voralpen.
Folgende sechs Workshops werden angeboten: In Bewegung kommen – ein theaterpädagogischer Workshop /Aufklärung und Ideologiekritik heute – neue Anforderungen und alte Grenzen/ Geschichte der Arbeiterbewegung/ Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus/ Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz/ Grundlagen kritischer Bildungsarbeit. Weitere Infos zum Programm, zu den Teilnahmebedingungen und zur Anmeldung unter www.gew.de/Maimeeting_2015.html . Anmeldeschluss ist der 19. April 2015. Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, E-Mail: nicole.lund@gew.de

Einjährige berufsbegleitende Weiterbildung in Systemischer Pädagogik

Die Humanistische Akademie Berlin-Brandenburg bietet eine Weiterbildung für Lehrkräfte, SozialarbeiterInnen, KitaleiterInnen und FortbildnerInnen an. Beginn ist am 9. Oktober 2015 – Kosten 600 Euro – Bildungsurlaub kann gewährt werden, Bildungsgutscheine können beantragt werden. Weitere Informationen über Institut für systemische Beratung und Pädagogik bei der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg, Wallstr. 65, 10179 Berlin, Tel. 61390466 oder 6061823, Fax: 61390452, Email: brigitte.wieczorek@berlin.de

Lernen für die Arbeitswelt

Gemeinsame Fortbildung für Lehrkräfte aller Schulformen vom 14. Juni (Anreise) bis 17. Juni 2015 in der IG Metall Bildungsstätte Berlin. Gemeinsam laden die GEW und die IG Metall vom 14. bis 17. Juni 2015 zu einer bundesweiten LehrerInnenfortbildung ein. In deren Mittelpunkt steht das Thema Arbeit als Gegenstand schulischen Lernens. Der gemeinsamen Verständigung über den Arbeitsbegriff, die veränderte Arbeitswelt sowie eine menschengerechte Arbeitsmarkt- und Berufsbildungs-

politik folgt der Blick in die betriebliche Praxis. In einer Betriebserkundung in einem Metallbetrieb werden die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen untersucht und mit VertreterInnen des Betriebsrates, der Jugendvertretung und der Geschäftsführung diskutiert. Anschließend wird die Betriebserkundung im Hinblick auf den Unterrichtsgegenstand Arbeit, die schulische Arbeitswelt- und Berufsorientierung sowie die methodische Gestaltung schulischer Zugänge zur Arbeitswelt reflektiert. Info und Anmeldung: Martina Schmerr, Martina.Schmerr@gew.de, Tel: 069 – 78973-322. Die Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen.

AKTIVITÄTEN

Schule, Jugendhilfe und Familie
Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) bietet in der Zeit vom 15.06. bis 05.09.2015 das Trainingsseminar *»Stärke statt (Ohn-) Macht – Neue Autorität & Gewaltloser Widerstand«* für Lehr- und Fachkräfte aus den Bereichen Schule und Jugendhilfe an. Anmeldeschluss ist der 19. Mai 2015. Weitere Infos und Kontakt: Karin Schwarz Tel.: 030/9 92 45 - 3 31 schwarz@ash-berlin.eu, Alice Salomon Hochschule Berlin, Zentrum für Weiterbildung, www.ash-berlin.eu/weiterbildung/spezielle-angebote und www.soziales-training.de

Boys'Day 2015: Denn sie wissen nicht, was sie tun sollen
Ratlos stehen viele SchülerInnen vor ihrer Berufswahl. Auf die Frage »Was soll ich werden?«, hat nur ein Drittel der jungen Menschen eine klare Antwort. Die anderen fühlen sich weder ausreichend gut beraten, noch sind sie über die aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt informiert. Der Boys' Day am 23. April 2015 ist eine gute Gelegenheit, Schülern neue Wege in der Berufsorientierung zu ermöglichen. Der Boys'Day ist ein bundesweiter Aktionstag, der das Ziel hat, junge Männer für Berufe zu begeistern, die bislang einen geringen Männeranteil aufweisen. Die Schüler sollen nach Möglichkeit auch männliche Vorbilder kennenlernen. Der Boys'Day kommt sowohl bei den Schülern als auch bei den Einrichtungen gut an. Weitere Informationen unter www.boys-day.de

70 Jahre Frieden in Berlin
Ein Verzeichnis der Medien AG Frieden ist unter www.gew-berlin.de einsehbar. Alle Medien sind über Joachim.Dillinger@web.de ausleihbar. Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes/der Befreiung vom Faschismus hat die AG eine Reihe von Veranstaltungen vorbereitet:
15. April um 17 Uhr: Lesung Kriegskinder, Lore Kujawa liest und Detlef Mittag berichtet über seine Gespräche mit zehn Überlebenden für sein Buch »Kindheit und Jugend um 1945«, MedienGalerie ver.di, Dudenstr. 10.
24. April um 16 Uhr Gedenktafelenthüllung für einen 17-jährigen Deserteur in der Uhlandstraße 103. Kontakt: joachimneu@hotmail.com
2. Mai um 11 Uhr: Besuch der Ausstellung im Charlottenburger Tor über die Rolle der polnischen Armee bei der Befreiung, Straße des 17. Juni, Anmeldung über joachimneu@hotmail.com
6. Mai um 13.30 Uhr: Besuch des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, eine Veranstaltung mit der Gruppe Junge Alte, Anmeldung über Reinhard.Brettel@t-online.de oder Tel.698 16931
17. Juni um 19 Uhr: Geh und sieh, russischer Film-Klassiker aus dem Jahre 1985, 140 Minuten, Haus der Berliner Kapitulation, Schulenburgring 2, Anmeldung über Joachim.Dillinger@web.de
24. Juni um 17 Uhr: Besuch des Anti-Kriegs-Museums in Berlin Wedding, Brüsseler Str. 21, Anmeldung unter 402 86 91 oder über Joachim.Dillinger@web.de
2. Juli um 9 Uhr: Tagesausflug mit dem Bus zum ehemaligen Bombodrom und der BürgerInnenbewegung für eine freie Heide. Treffpunkt: Schulenburgring 2, Kosten 10 Euro, Anmeldung über Joachim.Dillinger@web.de
Weitere Veranstaltungen/Orte zum Thema
26. April: Gedenkgottesdienst zum Thema ZwangsarbeiterInnen in der Gethsemane-Kirche
2. Mai ab 15 Uhr: Straßenfest zur Berliner Kapitulation, Schulenburgring 2
Seelower Höhen: Museum und Gedenkstätte des Kampfes um Berlin, seit 2012 neue Ausstellung mit Schwerpunkt der DDR-Rezeption und sehr gutem Film. (Di-So 10-17h) Anschließend lohnt sich ein Ausflug nach Küstrin (Polen) an der Oder, wo die zerstörte Altstadt mit Festung und moosbewachsenen Straßen seltsame Pompeji-Assoziationen weckt.
Museum Karlshorst: 2013 wieder eröffnet, zeigt es den Krieg gegen die SU, in dem es nur VerliererInnen gab. Di – So 10-18 Uhr, Eintritt frei
Gedenkstättengestaltung: Neue Wache Unter den Linden, Sowjetisches Ehrenmal an der Straße des 17. Juni und am Treptower Park.

MATERIALIEN

Den Wald entdecken
Eine vom Bundeslandwirtschaftsministerium herausgegebene »Waldfibel« bietet Materialien, um den Wald und seine BewohnerInnen zu entdecken. Naturgetreue Illustrationen, ein kurzer Steckbrief sowie zwei unterschiedlich schwierige Kurztexte liefern alle wesentlichen Fakten und sind insbesondere für LeseanfängerInnen geeignet. Denn die Materialien sind für das sinnverstehende Lesen teils mit Silbentrennung sowie in einfacher Sprache angelegt. Auf dem Wissensportal www.waldkulturerbe.de finden PädagogInnen weitere auf die Waldfibel abgestimmte Begleitmaterialien für den Lehreinsatz wie die Waldfibelposter samt Recherchehefte »Unsere Waldbäume« oder »Mein kleines Herbarium« und vieles mehr, das abwechslungsreiche Möglichkeiten für einen individuellen Unterricht bietet.

DGB-Broschüre: Eine Schule für alle
Seit der Föderalismusreform 2006 hat der Bund keinen nennenswerten Einfluss mehr auf die Schulpolitik. Eine Folge: Schulformen, Lehrpläne und LehrerInnenausbildung gleichen einem Flickenteppich. Jedes Bundesland legt eigene Schwerpunkte und Wege fest. DGB und Gewerkschaften wollen deshalb das Kooperationsverbot abschaffen. Der Bund soll die Länder endlich wieder beim Ausbau von hochwertigen Schulen unterstützen dürfen. In einer Broschüre zeigt der DGB, was sonst noch nötig ist, damit die schulische Bildung wieder in die Spur kommt. Allen voran steht die Forderung: »Eine gute Schule für alle Kinder«. Zudem setzt sich der DGB für eine fächerübergreifende sozioökonomische Bildung ein. Die Broschüre kann im DGB-Bestellservice für 1,60 Euro zuzüglich Porto und Versand bestellt werden: www.bit.ly/dgb_schule

INTERNET

www.berlin.de/sen/bildung/bildungsstatistik bietet Zahlen, Daten und Fakten 2014/2015 für den Bildungsbereich zum Herunterladen.

www.vielfalt-mediathek.de führt zur Webseite des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA) e.V. Als einzige Institution sammelt und archiviert die Vielfalt-Mediathek die vielen Materialien der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus der Vergangenheit und Gegenwart und macht sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Die NutzerInnen können die Inhalte kostenlos abrufen und die Vernetzung möglicher KooperationspartnerInnen wird gefördert. Zudem wird der Informationspart der Vielfalt-Mediathek ausgebaut und gestärkt. Hintergrundinformationen zu bestimmten Themengebieten und zu neuen Entwicklungen können jetzt direkt bei der Vielfalt-Mediathek abgerufen werden, um danach mit den über 2.000 Materialien der einzelnen Projektträger die unterschiedlichen Themen tiefergehend zu bearbeiten. Die Webseite ist auf dem neuesten Stand präventiver und intervenierender Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie bei weiterführenden Themenfeldern wie Diversität, interkulturelle Öffnung, Flucht & Asyl. Hinzu gekommen sind neue Schwerpunkte wie Homophobie und Transphobie oder auch Islamfeindlichkeit.

www.zeitzeugen.fes.de Die Gewerkschaften spielen in der Geschichte der Bundesrepublik eine entscheidende Rolle. Das ZeitzeugInnenprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung will die Leistungen der GewerkschafterInnen in der Nachkriegszeit dokumentieren. In einem

AKTIONSWOCHEN DER GLOBALEN BILDUNGSKAMPAGNE VOM 26. APRIL BIS 5. JULI 2015

Die GEW setzt sich seit der Gründung des deutschen Bündnisses der Globalen Bildungskampagne in jährlich stattfindenden Aktionswochen aktiv für das Recht auf Bildung für alle ein. Dieses Jahr lautet das Motto unserer Aktionswochen »Bildung macht Zukunft«: Welche Kompetenzen und welches Wissen brauchen SchülerInnen, um in einer sich rasch wandelnden Welt zurechtzukommen und drängenden Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich entgegenzutreten? Wie jedes Jahr hat die Globale Bildungskampagne Materialien erstellt, die kostenlos bestellt oder über die Internetseite der Kampagne heruntergeladen werden können. Ziel ist es, dass SchülerInnen ihre Vorstellungen und Wünsche für die Zukunft von Bildung auf Plakaten darstellen. Eine Jury wird entscheiden, welche Schulklasse ihre Botschaften und Visionen zum Thema ‚Bildung macht Zukunft' in einer Aktion in Berlin Bundestagsabgeordneten vorstellen wird. Anmeldung zu den Aktionswochen unter *www.bildungskampagne.org/weltklasse*

Internet-Videoportal kommen ehemalige führende GewerkschafterInnen zu Wort. Unter anderem berichten der ehemalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, Ex-ver.di-Vorstandsmitglied Franziska Wiethold, der frühere Erste Vorsitzende der IG Metall Franz Steinkühler und Detlef Hensche, der ehemalige Vorsitzende der in ver.di aufgegangenen IG Medien, über ihre Erfahrungen. Der Fokus der insgesamt 31 ZeitzeugInneninterviews liegt auf den 1960er bis 1990er Jahren. Unter dem Motto »Individuelle Erinnerung und gewerkschaftliche Identität« liefert das Portal umfangreiche und sehr persönliche Einsichten. Die NutzerInnen haben die Möglichkeit, Interviewpassagen themenbezogen abzurufen. Unterstützt wird das Projekt durch die Hans-Böckler-Stiftung:

www.kmk.org/dokumentation/dokumentation-aktuelles.html Die Internetseite der KMK bietet eine Menge Materialien. Aktuell sind dort die Studie »Schlüsselzahlen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in Europa« in deutscher Übersetzung sowie der Bericht zur Schulfinanzierung in Europa, ebenfalls in deutscher Fassung, zu finden sowie die Kernaussagen zum Bericht »Europäische Strategien zur Vermeidung frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbruchs« in englischer Sprache.

http://dguv-lug.de/sek_ii_sucht_und_gewaltpraevention_zivilcourage.php Die Deutsche gesetzliche Unfallversicherung hat Unterrichtsmaterialien zum Thema »Zivilcourage« für die Sekundarstufe II herausgebracht, die man herunterladen kann.

www.vogelstimmen-hören.de stellt die Stimmen der häufigsten heimischen Vogelarten vor. Ganz einfach und kostenlos zum Anklicken. Jeden Monat kommen weitere Hörproben und Filmausschnitte hinzu.

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden.

GEW-Chor: 15.4., 13.5. und 20.5. und jeweils um 17 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Singkreis: 22.4., 6.5., 27.5. und 10.6. um 17 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen: 22.4. und 27.5. von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11 (ehem. Einemstraße) / Eingang Ahornstraße, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

LandesseniorInnenausschuss und Junge Alte: 15.4. um 11 Uhr und 20.5. um 15 Uhr im GEW-Haus.

Junge Alte in der GEW
22. April 2015: Alternative Führung zum Kolonialismus durch das deutsche Museum (mp3-Führung der Projektgruppe www.kolonialismusimkasten.de) Treffpunkt: 11 Uhr im Foyer des DHM, Eingang Kupfergraben. Eintritt 8 Euro. Der Audio-Guide ist kostenlos und muss auf einen mp3-Player oder ein Smartphone heruntergeladen werden. Fünf Geräte stehen mit Doppelkopfhörer zur Verfügung; reicht also für 10 Personen. Vorbesprechung und technische Anleitung am 15. April ab 13 Uhr nach der Sitzung der Jungen Alten. Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69 81 69 31

6. Mai 2015: Führung durch das Deutsch-Russische Museum Berlin Karlshorst. Treffpunkt 13.30 Uhr, Zwieseler Str. 4. TeilnehmerInnenbetrag 3-5 Euro, je nach Anzahl. Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69 81 69 31

BSA Pankow
14. April 2015: Wir gedenken der Menschen, die vom Gleis 17 von den FaschistInnen in die Vernichtungslager deportiert wurden. Ein Vertreter des BdA wird uns führen. Treffpunkt: 11 Uhr, S-Bahnhof Grunewald. Kontakt: Kollegin Lange, Tel. 65 48 42 50

19. Mai 2015: Herr Rasokat wird uns die »Tuschkastensiedlung« von Bruno Taut während eines Spaziergangs zeigen. Dauer 1,5 Std. Treffpunkt: 11 Uhr, S-Bahnhof Grünau – Schalterhalle, Ausgang Richterstraße. Kontakt: Kollegin Lange, Tel. 65 48 42 50

BSA Lichtenberg
21. April 2015: Spaziergang durch den Britzer Garten. Dr. Mangold führt uns von den thematischen Gärten vorbei an verschiedenen Bau- und Kunstwerken zur großen Tulpenschau, die jährlich Hunderttausende BesucherInnen in ihren Bann zieht. Treffpunkt: 10 Uhr Eingang Buckower Damm. Eintritt: 3 Euro, Kontakt: Barbara Schütz Tel. 4727477

8. Mai 2015: 70. Jahrestag der Befreiung. Wir bitten alle Mitglieder, an den Veranstaltungen des Bezirkes Lichtenberg und unserer Gewerkschaft zum 70. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands vom Faschismus teilzunehmen.

20. Mai 2015: Zweiter Tiergarten-Spaziergang. Von der Siegessäule zum prächtigen Rosengarten. Abschließend zur Euthanasie-Gedenkstätte an der Tiergartenstraße. Treffpunkt: 10 Uhr am Großen Stern, Straße des 17. Juni Richtung Brandenburger Tor. Kontakt: Erich Juhnke Tel. 975 75 64

11. Juni 2015: Ganztagsausflug nach Lehnitz. Wir besuchen die Gedenkstätte im ehemaligen Wohnhaus der Familie des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf in Lehnitz, Alter Kiefernweg 5. Treffpunkt: 10 Uhr auf dem Bahnsteig Lehnitz, S1 Richtung Oranienburg, Kosten: 5 Euro für Eintritt und Imbiss. Kontakt: Elke Sabrowski Tel. 5115826

BSA Friedrichshain-Kreuzberg
15. April 2015: Besuch des Britzer Gartens »Tulipan«, Treffen nach Absprache, Kontakt: Harald Berger, Tel. 555 63 60

29. April 2015: Baumblütenfest in Werder, Abfahrt mit RE1 um 9.33 Uhr ab Alexanderplatz, Ankunft in Werder um 10.18 Uhr, Treffpunkt: 10.20 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz an der Bushaltestelle zur »Blütenrundfahrt«, Kontakt: Harald Berger, Tel. 555 63 60

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
3,47% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSE n REISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:
Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...
Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...
Tel. 030/3030836
KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

Besorgen Sie sich jetzt Blütenbuttons!
Ideal für Feiern wie Frühlings- und Sommerfeste in Schule oder Kita.
Die schönsten Buttons machen Sie jetzt selbst!
Nur bei uns erhältlich!
Wir verkaufen und verleihen auch Maschinen, Material und Zubehör.
Mehr Infos unter:
www.graph-druckula.de
Mail: info@graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · Fon (030) 694 016 20 · Fax 694 016 25

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015
- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Für alle Fälle
Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.
Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*
Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

15. APR	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
16. APR	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 300
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32/34
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 47
21. APR	19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Schwule Lehrer**	Raum 300
24. APR	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
28. APR	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
29. APR	17.30 Uhr	**FG Sonderpädagogik/Grundschule**	Raum 300
	19.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 34
30. APR	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
05. MAI	19.00 Uhr	**LA Studierende**	Raum 300
12. MAI	16.30 Uhr	**AG Gesundheit**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 32
13. MAI	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 34
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit**	Raum 33
21. MAI	17.00 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 47
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34
28. MAI	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
	19.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 300
02.JUNI	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LA Studierende**	Raum 34
08. JUNI	18.00 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschulen**	Raum 32

Streikaktion am 11. März 2015 *FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE*

HERAUS ZUM ERSTEN MAI

Der diesjährige 1. Mai ist ein Jubiläum. Seit 125 Jahren treten arbeitende Menschen an diesem Tag gemeinsam, öffentlich und massenhaft für ihre Rechte ein. Aufgrund des Jubiläumscharakters kommen viele prominente Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nach Berlin, auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Der Demonstrationszug startet um 10 Uhr am Hackeschen Markt und führt zum Brandenburger Tor, wo um 11.30 Uhr die traditionelle Mai-Kundgebung beginnt.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER GEW NEUKÖLLN

zu Tarifkonflikt und Arbeitsbelastung. **Am 22. April 2015 um 17.30 Uhr** voraussichtlich in der Otto-Hahn-Schule, Buschkrugallee 63.

BILDUNGSLÜGEN ANPACKEN

Zur Bildungslüge »Kleine Klassen bringen nichts« macht die Fachgruppe Grundschule eine Veranstaltung am **17. Juni 2015 um 18 Uhr** im GEW-Haus. Es referiert Prof. Dr. Rainer Dollase zum Thema »Kleine Klassen? – Und es bringt doch etwas!«

MITMACHEN IN DER GEW-SAMBAGRUPPE

Jeden **Donnerstag von 16 bis 18 Uhr** probt die GEW-Sambagruppe im GROOVE, Fidicinstraße 3. Neugierige oder Erfahrene sind herzlich willkommen. Kontakt: samba@gew-berlin.de